

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berathungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (steh-
 gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. Mai 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Konservative Anarchisten und clerikale Verräter.

In der Entwicklung des preussischen Berggesetzes erleben wir wieder ein lebendiges Stück der preussisch-deutschen Geschichte. Mit dramatischer Zusammendringung entfaltet der innerste Geist der kapitalistischen Reaktion in seiner feudalen preussischen Spielart sein ganzes Wesen. Die Menschen und Parteien, die Regierung und die Abgeordneten werfen die Hülsen ab und erscheinen in der ganzen Nacktheit ihres politisch-wirtschaftlichen Triebens.

An diesem Freitag brachte es das preussische Abgeordnetenhaus wirklich zu einem großen Tag. Nicht als ob irgend eine bedeutende geistige oder moralische Leistung vollbracht, nicht als ob Temperaturelemente miteinander rangen, als ob gewaltige Konflikte ausgekämpft wurden. Im Gegenteil, es herrschte eine äußerst behagliche Stimmung, wie nach einem guten Diner, wenn man sich an den Spieltisch setzt. Man hatte den Eindruck, als ob die Gesellschaft durch eine gewisse Wettrennungspannung animiert war. Gerade weil man sicher war, zu welchem Ende schließlich die Fosse der Verständigung gelangen würde, fühlte man sich angenehm durch die Spannung gekübelt, welche die Ungewissheit über die zufälligen Einzelheiten einer im Voraus nach dem Endeffekt berechneten Aktion nehmen würde. Man wußte, daß man zu dem sicheren Ziel der Gewinnerei gelangen würde, nur konnte man sich angesichts schwankender Mehrheitsverhältnisse während der zweiten Lesung noch von dem Zufall treiben lassen, ob die Mehrheit der Stimmen hierhin oder dorthin fallen würde. Also konnte man die Verzagtheit des Bewußtseins eines sicheren guten Endes mit den präludalen Ueberraschungen des Hazardspiels vereinigen. Ueber der Luft an der parlamentarischen Komödie hatten sicher die meisten vergessen, wozum es sich eigentlich handelt, sah man gar nicht mehr die halbe Million dicker tollerender Bergelassen, deren Wohl man doch beraten wollte. Niemand hatte man so lebhaft das Gefühl, daß kein einziger in diesem Parlament einen Hauch ernstlichen sozialen Empfindens besitzt. Darum kämpfte man nicht, trotz der vorgegebenen unüberbrückbaren Gegensätze, sondern man pokerte vergnüglich, und da der Einsatz von einer halben Million Proleten auf keinen Fall diesen Spielern Verluste bringen konnte, so spielte man ohne ernsthafteste Leidenschaft, rein zum Vergnügen.

Aber so elend auch das Schauspiel geistig und sittlich war, so war es doch bedeutsam wie das Kainbild, das irgend ein unfauberer Prozeß malt, in dem die letzten Schleier der Menschlichkeit fallen.

Der „Vorwärts“ hat die durch die Bergesebnelle gegebene Situation von Anfang an dahin beurteilt, daß es zu keinem Konflikt, zu keiner Flucht in den Reichstag kommen würde, sondern daß die Verhöhnung der Bergarbeiter irgendwie gemogelt werden würde. Nur war unklar, welche von den Parteien sich den Kuppelpreis verdienen würde. Jetzt wissen wir es: das Zentrum. Es müßte denn sein, daß die christlichen Arbeiter noch in letzter Stunde ungestillt und tatkräftig genug rebellieren, um selbst diese abgebrühten Spezialisten eines fast schon gewerksmäßig betriebenen Betrugs zur Scham zu rufen.

Zwei Mehrheiten haben sich jetzt im Abgeordnetenhaus gebildet, um die Sache der Bergarbeiter zu verraten: die alte sichere konservative-nationalliberale Mehrheit, welche die Fuchthausvorlage der Kommissionsbeschlüsse fagte, und eine neue, zahlenmäßig nicht ganz zuverlässige zentrums-nationalliberale Mehrheit. Die erstere verhindert, daß irgend eine wirklichere Besserung der nichtswürdigsten Kommissionsbeschlüsse zustande kommt, die zweite schwindelt einige scheinbare Milderungen durch, welche der Regierung die Vorlage annehmbar machen; die Regierung kommt auf diese Weise aus ihrer ärgerlichen Zwangslage heraus, in die diesen Ausschuh der besitzenden Klassen ein Arbeiter gegebenes Versprechen gebracht hat. Das Zentrum erscheint also wiederum einmal als die regierende Partei, oder vielmehr als die Rettungspartei der Regierung. Das Zentrum hält flammende Reden gegen die Kommissionsbeschlüsse, stellt zahlreiche Verbesserungsvorschläge, die sie seelenruhig niederstimmen läßt, um dann plötzlich einem Kompromiß zuzustimmen, der sachlich alles das aufrecht erhält, was es für unannehmbar erklärt hat. Nun weiß man, warum Herr Trimborn sich gestern so leidenschaftlich tabalal geberdete, daß wir ihn durch unsere Anerkennung festnageln konnten. Das war der schrille Hahnenschrei vor dem Verrat!

Der erste Erfolg dieses Gaukelspiels mit zwei Majoritäten bestand darin, daß am Freitag die Debatten und Abstimmungen über den „politischen Paragraphen“ mit dem völligen Verschwinden des ganzen, die Arbeiterausschüsse enthaltenden Paragraphen endeten; in der Endabstimmung wurde alles abgelehnt, und es blieb gar nichts übrig. Aber dieser künstliche Mord ist nur das Vorspiel einer Auferstehung, welche wir in der dritten Lesung erleben werden.

Ein nationalliberaler Vermittlungsantrag Dippe haute dem Zentrum die Bräde zum Verrat. Er formuliert den von der Kommission beschlossenen politischen Zusatz zu dem Arbeiterausschuh-Paragraphen wie folgt:

„Er (der Zusatz) hat darauf hinzuwirken, daß das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber erhalten bleibt oder wieder hergestellt wird. Ein Arbeiterausschuh, der seine gemäß vorstehenden Bestimmungen begrenzten Zuständigkeit überschreitet, kann durch das Oberbergamt aufgelöst werden. Daraus kann das Oberbergamt die Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausschusses für das betriebsverwaltende Bergwerk auf die Dauer von höchstens drei Jahren außer Kraft setzen.“

Man sieht sofort, daß sachlich kein Unterschied besteht mit dem, was die Kommission vorschlug. Das ausdrückliche Verbot politischer Betätigung ist zwar herausgenommen, aber das ist gleichgültig. Jeder Arbeiterausschuh, der nach der Auffassung der Unter-

nehmer nicht das „gute Einvernehmen“ fördert, wird sofort aufgelöst. Dieser famose Ausschuh würde also gerade in dem Augenblick verschwinden, wo er recht eigentlich notwendig wäre, nämlich, wenn ein Streik ausbricht, sofern er die Forderungen der Arbeiter und nicht die Interessen der Unternehmer vertritt. Die Regierung machte nur noch schwache Einwendungen gegen diese Fassung, grundsätzlich stimmte sie sogar der Anschauung der Kommission zu; nur juristische Formalitäten trennten noch den Friedensschluß. Das Zentrum aber, das Tags vorher Herrn Trimborn gegen jeden derartigen Kompromiß hatte wettern lassen — namentlich die Forderung dreijähriger Suspension hatte er mit äperer Kritik zurückgewiesen — verzehlt heute dem Antrag Dippe zur Annahme, obwohl die auch Regierung höchstens das Recht auf einjährige Suspension zubilligen wollte. Die Annahme des Antrages Dippe bildet den Anfang der Verständigung von Zentrum und Gnaden. Zwar mußte das Zentrum dann, weil die Öffentlichkeit der Wahlen aufrecht erhalten wurde, gegen den Paragraphen stimmen, so daß er ganz und gar samt den Arbeiterausschüssen beseitigt wurde. Es wäre aber ein untergeordneter Optimismus, anzunehmen, das Zentrum hätte in kluger Taktik diese Methode gewählt, um eben das Gesetz zu Falle zu bringen. Diese Deutung des Unfalls zum Antrag Dippe ist unmöglich. Vielmehr wird das Zentrum bei der dritten Lesung erreichen, daß auf die öffentliche Wahl verzichtet wird, dann für den Paragraphen stimmen, und der Welt, die betrogen sein will, erzählen, wie dank seiner Tätigkeit die Vorlage — verbessert und das schlimmste verhütet wurde.

Die Junker übersehen diese schmutzige Intrige den Pfaffen. Sie selbst, die sich nicht zu bekennen wagen, wenn sie nicht gerade das Bollwundergeschäft zur Verkleidung als Bauern nötig, waren zu stolz, um diese Farce zu spielen. Sie beharrten bei ihrem ostentativen Trost und ihrer raubritterlichen Weltanschauung, die schon in Arbeiterausschüssen die Erfüllung des sozialdemokratischen Programms erkennt. In einer löstlichen Rede sprach Herr Heydebrand von der Lage, das einzige konservative parlamentarische Talent der Dreifassenzucht, led und offen aus der Seele des ganzen Junkertums. Er wurde unjähel und mit begeistertem Händeklatschen bedankt. Mit seltener Ehrlichkeit proklamierte er den Anarchismus des Besitzes, der kein Recht kennt außer seinen eigenen Willen. Ihr habt gefegliche Bedenken — a bah, ein Junker stolpert nicht über juristische Fingernädel, denn er weiß, was er will! Ihr findet die von uns formulierten Ausdrücke bednar, unbestimmt — was liegt daran! Nur keine Schwächlichkeit, wenn es unsere Macht gilt! Blutig verhöhte Herr v. Heydebrand die feige Heuchelei der Nationalliberalen, die nicht offen aussprechen wollen, was sie meinen (Antrag Dippe). Den Arbeitern machten sie doch nichts weih, denen sei ihr Willen genau so verdächtig wie das der Junker. Und den freisinnigen Sozialreformern warf er verächtlich ihren Mugdan ins Gesicht und unter Verufung auf ihn verbreitete er die verleumdende Lüge, daß die Sozialdemokratie die Mittel der Krankenlassen zu agitatorischen Zwecken verwende. Der ganze Gag gegen das Reichstagswahlrecht befeuerte diese Rede, und es war ein edler, aber schwächlicher Wettstreit, daß auch der Nationalliberale Schmieding sich noch besonders gegen das geheime Reichstagswahlrecht erklären zu müssen glaubte.

Die Bergarbeiter haben die ganze grelle politische Wahrheit aus den Schächten der politischen Heuchelei emporgetrieben. Selten trat es so kraft hervor, wie in dieser Sitzung des Abgeordnetenhauses, daß das Proletariat — außerhalb der Sozialdemokratie — nur zu wählen hat zwischen brutalen rechtspöttenden Terroristen der Gewalt, die es niederstampfen, und den diplomatischen Verrätern, die es umgarnen, einzulassen wollen. Das ist das „Christentum“, das die Besitzenden und Unterdrückten einigt und die Armen und Geknechteten spalten soll.

Erst am Montag wird die Beratung fortgesetzt. Am Sonnabend hat man — wegen der auf dem Parteitag abwesenden Nationalliberalen — die Tagesordnung mit minder entscheidungsvollen Gegenständen besetzt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Mai.

Falsches Geld und falsches Recht.

Der Reichstag beschäftigt sich heute mit einer Regierungsvorlage betr. Ausgabe von Reichsbanknoten im Betrage von 50 und 20 M. Wie und warum dieser Gesetzentwurf entstanden ist, weiß auch nach der Beratung noch niemand. Graf P o s a d o w s k y hüllte sich in das „perniziöse“ Mysterium von Fremdwörtern, und der Reichsbank-Präsident Dr. Koch sprach nur für sich. Die Freunde der Vorlage, Herr Kommsen (fr. Vg.), Herr Eichhoff (fr. Vp.), Dr. B a c h e m (Z.) murmelten etwas von einem Verkehrsbedürfnis, das Reichsbanknoten in kleinerem Betrage als in dem bisher zulässigen von mindestens 100 M. notwendig mache. In Wahrheit kommt die Vorlage auf eine Verneuerung des Papiergeldes hinaus, die im Interesse einer gesunden Währung und der Lohnzahlung in gutem Gelde durchaus nicht zu wünschen ist. In diesem Urteil fanden sich Kämmer aus den verschiedensten Parteien mit unserem Genossen V e r z u e i n zusammen. Neben dem Gold-Pfäding von den Nationalliberalen kämpfte der Silber-Arendt und der Teutone R a a b gegen die Verschlechterung der bestehenden Goldwährung. Eine Entscheidung über die Vorlage wird erst in der zweiten Lesung folgen, die sofort im Plenum vorgenommen werden wird, da die Anträge auf Kommissionsberatung keine Mehrheit fanden.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Fortsetzung der Beratung der Vorlage betreffend die Aenderung der Zivilprozessordnung, Bekanntlich bildet der Kernpunkt dieser „Reform“ die Heraushebung der Revisionssumme von 1500 auf 2500 M. Um das Reichsgericht zu entlasten, das, wenn es überlastet ist, durch politische Revisionen und staatsanwaltlichen Verfolgungsbeifer überlastet ist, will man den Kreis der Personen, die der Wohlthat der reichsgerichtlichen Revision berandt sind, noch weiter auszudehnen. Eine nationalliberal-ultramontane Koalition, der die konservativen Heeresfolge leisteten, bildet das Hauptkontingent der Rechtsverschlechterer. Es ist anzuerkennen, daß ein paar Zentrumsjuristen sich aus der besseren Zeit ihrer Partei sobiel Gerechtigkeitsinn und Sozialgefühl gerettet haben, um bei dieser plutokratischen Verschlimmbesserung unseres Rechtswesens ihre Mitwirkung zu verjagen. So der alte Kintelen und der Erforene Kleinbäuerlicher Wähler, S c h m i d t - W a r b u r g. Das Gros des Zentrums ist jedoch entschlossen, lieber als auf diese unbehaglichen Warnungstimmen auf B a c h e m s glatte Wendungen, Trimborns billige Spähe und des Reichsgerichtsrats S p a h n, des Juristen parlamentarischer Staatsstreiche, logische Spitzfindigkeiten zu hören. Es blieb wiederum, wie so oft, der Sozialdemokratie überlassen, die wahren Interessen des Mittelstandes zu vertreten, desselben Mittelstandes, den sie nach der Behauptung der bürgerlichen Demagogen von Krüger bis Bruhn „vernichten“ will. Genosse S t a d t h a g e n wies in temperamentvoller Rede nach, daß mit der Erhöhung der Revisionssumme ein plutokratisches Ausnahmegesetz schlimmster Art gegen die Arbeiterschaft und fast noch mehr gegen den städtischen und namentlich gegen den Kleinbäuerlichen Mittelstand geschaffen wird. Für die Arbeiterschaft bedeutet insbesondere dieses Meisterstück juristischer Gesetzgebungskunst, daß es noch mehr als bisher erschwert wird, Streitprozesse bis vor das Reichsgericht zu bringen.

Zu später Stunde wurde Fortsetzung der Beratung auf Sonnabend 12 Uhr verlag. Außerdem stehen der Entwurf betr. Erweiterung der Schöffengerichtskompetenz und kleinere Vorlagen zur Beratung.

Wilhelm II. und Bismarck.

Die Deutsche Herausgabe des Hammerstein-Rachlaffes hat wieder allerlei Lesarten über die Vorgänge heraufgeführt, die zum Sturz Bismarcks führten. Da bringt der in Bismarcks Geheimnisse vielfach eingeweihte Maximilian Harden in der „Lufk“ Beiträge zur Erkenntnis jener Zeit, die weit mehr als lediglich historische Interesse haben, und höchstes Seelenleben, frei von Behang und Dekoration, in aller Entblühung zeigen. Harden will nur Tatsachen erzählen, die heute schon erwähnt werden dürfen.

Der Erzähler geht von den Intrigen der Waldensee-Stöcker-Gruppe aus, den Kaiser für ihre Pläne zu gewinnen unter Verführung von Bismarck. Waldsee hatte schon damals das schlaue sich ins Ohr schmeichelnde Wort gesprochen: „Euer Majestät glorreicher Ahnherr wäre seinem Volke nie Friedrich der Große geworden, wenn er neben sich die Allmacht eines Ministers geduldet hätte.“ Bismarck aber fühlte sich völlig unentbehrlich und hielt es für ausgeschlossen, daß er bei Lebzeiten sein Amt verlassen könnte.

Da bringt der Mai den Ausstand der westfälischen Bergarbeiter. Kronrat im Schloß. Der Streik, der beendet schien, hatte wieder begonnen. Der Kaiser spricht sehr scharf gegen die Bergwerksbesitzer:

„Wenn diese reichen Leute nicht Barmut annehmen, ziehe ich mein Militär zurück; wird ihnen denn der rote Hahn auf Dach ihrer Willen gefehlt, ist's nicht meine Schuld.“

Bismarck antwortet, auch diesen reichen Leuten in ihren Willen sei der Schutz der Staatsgewalt nach preussischer Tradition und Verfassung nicht zu verjagen; ihr Recht, über die Arbeitsbedingungen nach freier Ueberzeugung zu verhandeln, sei in einer nicht sozialistischen Gesellschaft unbestreitbar; der Kaiser habe geirrt, als er den „vaterländischen Sinn“ der von ihm empfangenen Deputierten rühmte und ihnen, die „bedürftige Sozialdemokraten“ seien, nachsagte, sie hätten sich der Fühlung mit der Sozialdemokratie enthalten; der Kanzler fürchte eine neue Ausschuhung des Allerhöchsten Vertrauens und müsse, wenn er auch den beantragten Belagerungszustand nicht für nötig halte, doch für energische Schuhmaßnahmen eintreten. Während er sprach, fühlte er, daß er nicht mehr alle Kollegen hinter sich habe. Der Kaiser schied verstimmt. Vier Tage danach wurde Hagemeyer aus Westfalen abberufen und im Oberpräsidium durch Stadt erlegt. „Mit der Sozialdemokratie werde ich schon allein fertig werden.“

Es folgen weitere Differenzen zwischen Kaiser und Kanzler, unterbrochen von sehr huldvollen Telegrammen des Kaisers an den Kanzler. So telegraphiert der Kaiser aus Athen und Konstantinopel: „Mein erstes Wort ins Vaterland ist ein Gruß an Sie von der Stadt des Perikles und von den Säulen des Parthenon, dessen erhabener Anblick auf mich den tiefsten Eindruck gemacht hat.“ Nach einem Kufenthalt, der einem Traum gleicht und der durch die freigelegte Gastfreundschaft des Großherren zu einem paradiesischen gemacht worden ist, passierte ich soeben den schönen Wetter die Dardanellen.“ In feindlichen Lager, dem Herr v. Taufsch; die Spione stellt, wird die Veröffentlichung dieser Telegramme getadelt, die nur zeigen solle, wie jugendlich der Kaiser noch fühle und wie fest er an dem Färken hänge.

Der Kaiser ereifert sich für die Februarverlässe, der Kanzler weigert die Gegenseignung, arbeitet die Erlasse um und bringt die internationale Arbeiterversammlung in Frage. Am 20. Februar Reichstagswahl; große Verluste der Konservativen, der Reichspartei und Nationalliberalen; die sozialdemokratischen Stimmen fast verdoppelt. Der Fürst will seine Einflußsphäre gegen kollegiale Zweierzeiten schägen, den Verr. der Minister und Staatssekretäre mit dem

Wichtig kontrollieren. Widerspruch: der Monarch fordert die Aufhebung der Kabinettsorder vom 8. September 1892, die dem Ministerpräsidenten die Strafrechtliche Leitung der Geschäfte sichern sollte. Wenn der König diesen Zustand ändern will, muß er selbst sein Ministerpräsident werden; die Befugnisse des Amtes übt er ja tatsächlich schon aus. Mit solchen Redensarten, lautet die Antwort, sei nichts bewiesen; der Kaiser solle über den Gegenstand eine ausführliche und objektive Denkschrift liefern. Am 15. März wird die internationale Konferenz eröffnet. Bismarck nennt sie im Privatgespräch „eine große Phrasologie“; und der Kaiser erfährt.

Vierundzwanzig Stunden vorher hatte Bismarck angekündigt, ob der Herr Windthorst empfangen wolle. Natürlich. Seit Jahren empfangt er jeden Abgeordneten, der's wünscht. So folgendem Zwecke brauchte Bismarck's blinder Freund sich nicht erst zu bemühen. Windthorst kam. Trotzdem sich bald die Unmöglichkeit einer Einigung herausstellte, hat der Herr die Freuden dringend, im Amt zu bleiben; müsse er aber doch gehen, so sei als für die Nachfolge geeigneter Mann der General v. Caprivi zu empfehlen. Derselbe Caprivi, mit dem längst heimlich verhandelt, dem der Kanzlerposten schon zugesagt war. Dem Kaiser muß dieser Besuch sofort gemeldet worden sein. Am nächsten Morgen ist er früh in Herberts Wohnung, läßt den alten Fürsten aus dem Bett holen und erlöst ihn in gereiztem Tone, künftig nicht ohne sein Vorwissen mit Parteiführern zu verhandeln. Der Kanzler antwortet, an eine Kontrolle seines Verkehrs werde er sich nicht gewöhnen. „Auch nicht, wenn Ihr Herr es Ihnen befiehlt?“ „Die Macht meines Herrn endet am Salon meiner Frau.“ Am Siebentagten wird er zweimal offiziell aufgefordert, schleunig sein Entlassungsgesuch einzubringen. Am Achtebentag schreibt er; weil er nach den Mitteilungen der Herren v. Jagow und Luccas annehmen müsse, daß er damit den Wünschen des Kaisers entgegenkomme. Sechsendertzig Stunden danach liest er in einem Handschreiben des Kaisers: „Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben.“

Schließlich erzählt Harden von den grimmigen Enttäuschungen Waldersee's, da er nicht der Nachfolger ward. Waldersee intriguierte dann weiter gegen Caprivi. Er, nicht Voßow Eulenburg war es, der im Späthommer 1894 die Suspension des Reichstags-Wahlrechts empfahl.

Caprivi aber besorgte einige Jahre seine Aufgabe, dann ward er fortgeschickt auch deswegen, weil man die Beziehungen nach Friedrichsruhe gebessert werden sollten, welcher Reizung er hinderlich war.

Die Terroristen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund schreibt: Es ist allgemein bekannt, daß zurzeit auf den Straßen ein Verleglichkeitswechsel nicht stattfindet. Wer gemahregelt wird, wer selbst kündigt, ganz gleich: eine Unterhinst auf einer anderen Zeche gibt es nicht. Die Unternehmer haben nämlich genau so wie nach dem 1889er Streik die Sperre verhängt. Die Lage ist heute so, daß der Bergmann, er mag bis aufs Blut gezwiebelt werden, ausharren muß, weil ihn der Unternehmer mit eisernen Ketten gefesselt hat, um ihn wieder gefügig zu machen. Wer sich dem Joch durch Kündigung entziehen will, mag mit seiner Familie mühsam dem Hungertode entgegen gehen, den Grubenherren ist das ganz recht. Den Bergleuten soll der rebellische Geist ausgetrieben werden, sie sollen die Hand lassen, die sie peitscht. Wie schon gesagt, war es nach dem 1889er Streik genau so. Aber damals erreichte das Unternehmertum das Gegenteil von dem, was es bezwecken wollte. Anstatt sich fesseln zu lassen, loderte der rebellische Geist mächtig auf, und nur durch das Eingreifen der Behörden, welche veranlaßten, daß die Sperre sofort aufgehoben wurde, wurde das schlimmste, ein abermaliger allgemeiner Ausstand, verhütet. Auch heute leidet, wie schon gesagt, die Bergarbeiterschaft schwer unter der Sperre. Aber sie wurde bisher noch ertragen, weil es allgemein hieß, die Sperre würde mit Ende dieses Monats ablaufen. Dem ist aber nicht so. Wie wir nämlich von einer Seite hören, die es wissen kann, ist von den Unternehmern der geheime Beschluß gefaßt, die Sperre vorläufig bis Oktober auszudehnen.

Es scheint, daß zwischen dem Verhalten der Grubenterroristen und dem der Konserverativen im preussischen Abgeordnetenhaus, das in der Rede Heubrand's am Freitag so offen zum Ausdruck kam, ein Zusammenhang besteht. Man möchte Katastrophen haben.

Christlich-germanische Lügenpartei.

Die „Germania“ zitiert unsere Beurteilung der Rede Trimborn's in der Donnerstags-Sitzung des Abgeordnetenhauses und sagt dazu:

„Danach werden die „Vorwärts“-Leser gewiß zu dem ausführlichen Parlamentsbericht gegriffen haben, um die Rede Trimborn's zu lesen. Hier aber finden sie nur die kurze Bemerkung:

Nachdem Abg. Trimborn (3.) den Zentrumsantrag begründet hat, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Das ist alles. Ein Muster parlamentarischer Verächtlichkeit!“

Das ist doch eine gar zu dumme Lüge. Wir haben der ersten Rede Trimborn's, in der er die grundsätzliche Stellungnahme des Zentrums darlegt, 75 Druckzeilen gewidmet, das heißt, nur ein geringes weniger als die „Germania“, aber mehr als die „Märkische Volkszeitung“, die die Rede ihres Fraktionsredners mit nur reichlich 50 Druckzeilen abtut. Die zweite Rede Trimborn's, die wir nur erwähnt, aber nicht wiedergegeben haben, beschäftigt sich nur mit Einzelheiten. Aber die pfäffische Lüge braucht einen schlechthin nicht zu verwundern. Wenn das Zentrum nach den Erklärungen Trimborn's am Donnerstag schon am Freitag für den nationalliberalen Antrag stimmen kann, den Trimborn wie auch die „Märkische Volkszeitung“ am Donnerstag als unannehmbar bezeichneten, warum soll man dann vom Zentrum überhaupt jemals Wahrheit erwarten.

Finanzreform und Zentrum.

Aus Stuttgart wird uns vom 19. Mai telegraphiert: Der sozialdemokratische Antrag, der die Regierung auffordert, bei der Reichs-Finanzreform der Erhöhung bestehender und der Einführung neuer indirekter Steuern entgegenzutreten, entfiel heute im Landtage eine erregte Debatte. Der Finanzminister widersprach dem durch Genossen Hildendrand eingehend begründeten Antrage mit dem faden Bedenken, es fehle noch die Grundlage zur Verteilung des für das Reich in nächster Zeit erforderlichen Mehrbedarfs. Dem Appell Hildendrand's um Unterstützung des Antrages leistete nur die Volkspartei Folge, die durch Dankmann sich energisch für ihn erklärte. Das Zentrum aber ließ durch seinen Redner Kembold richtig stellen, daß es sich bei der Flottenvorlage im Reichstage nur gegen indirekte Steuern, die den Massenverbrauch belasten, erklärt habe und brachte einen Gegenantrag in diesem Sinne ein. Genosse Keil brandmarkte diese zweideutige Zentrumsposition unter großer Aufregung und heftigen Zwischenrufen des Zentrums, da er betonte, daß es stets eine Reservatio mentalis (geistigen Vorbehalt) habe und auch jetzt offenbar sich eine Hintertür für die geplante Tabakfabriksteuer offen halten wolle. Den Nationalliberalen ging auch der Zentrumsantrag noch zu weit. Dieser sang ein Loblied auf die indirekten Steuern und begründete seinen Widerspruch gegen den Zentrumsantrag nicht ungeschickt damit, daß der Massenverbrauch ja auch durch die vom Zentrum angeregte Tabaksteuer ohne Zweifel belastet werde. Der Ansicht des Präsidenten, zuerst über den Zentrumsantrag abstimmen zu lassen, widersprachen Sozialdemokratie und Volkspartei und, da die beantragte namenfliche Abstimmung über die Reihenfolge die Beschlussfähigkeit des Hauses zeigte, wurde die Abstimmung auf Sonnabend vertagt.

Die Krise im Flottenverein.

Zwei Vorstandsmitglieder des Deutschen Flottenvereins, die Generale Menges und Heim, haben durch eine Zuschrift an die Hauptauschüsse des Vereins die Niederlegung ihres Amtes erklärt. Schon vor einigen Wochen, heißt es in dem Schreiben, seien Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Präsidiums des Flottenvereins entstanden über das Maß von Rücksicht, das auf die Reichsregierung und die politischen Parteien hinsichtlich der Agitation zu nehmen sei. Schon damals hätten die beiden Unterzeichneten ihren Austritt erklärt, ihn jedoch wieder zurückgezogen, nachdem durch das Eingreifen des Präsidenten das Einverständnis wieder hergestellt worden sei. Nunmehr jedoch seien „Ereignisse eingetreten“, die eine weitere Tätigkeit im Vorstande unmöglich erscheinen ließen. Die Unterzeichneten träten zurück, weil sie sich nicht mit ihrer Überzeugung in Widerspruch setzen könnten.

In verschiedenen Blättern wird behauptet, daß die Ereignisse, die zur neuerlichen und endgültigen Amtsniederlegung der Herren Menges und Heim geführt haben, in einer Kritik des Kaisers an jener Agitation bestanden hätten, wie sie in letzter Zeit von den Ausgeschiedenen betrieben worden sei. Man habe eben wohl das Empfinden gehabt, daß neben oder über dem Reichs-Marine-Amt noch ein unverantwortliches Flottenamt bestehe, das nicht nur eine Propaganda ohne jede Rücksicht auf die Möglichkeiten der praktischen Politik trieb, sondern das auch allerhand Mißhelligkeiten mit dem mißtrauisch gemachten Ausland heraufbeschwört. So habe man denn den Heberwerbungsleistungen des Flottenvereins einen Dämpfer aufgesetzt. Wenn dem wirklich so ist, so haben wir es wieder einmal mit einem raschen Umschlag in unserer „Weltpolitik“ zu tun. Der Flottenverein ist sich in der Wahlfähigkeit seiner Forderungen schließlich gleich geblieben und bis vor kurzem ist er in seiner ausschweifenden Propaganda uferloser Flottenbauten durch zahlreiche Begründungsreden und Telegramme gekönter Häupter nur ermuntert worden. Wenn die Desabouierung der Agitation des Flottenvereins wirklich auf die Verstimmung des Auslandes zurückzuführen ist, so wird das Mißtrauen dieses Auslandes jetzt schwerlich so leicht zu beseitigen sein. Man wird in England und anderwärts einfach annehmen, daß man die Flottenprojekte keineswegs aufgegeben hat, auch wenn einweisen nicht mehr so viel davon gesprochen werden darf. Wenn man an maßgebender Stelle die Agitation des Flottenvereins mißbilligt, hätte man die Wasser- und Panzerplattenpatronen schon vor Jahren energisch abschüttern müssen.

Eine Proklamation Trotha's.

Wie den „Times“ aus Kapstadt telegraphiert wird, hat General Trotha in deutscher und Namaqua-Sprache eine Proklamation erlassen, in der er die Hottentottenstämme auffordert, sich zu ergeben. Alle sich Ergebenden sollten bequadt werden, nur diejenigen, die bei Beginn des Krieges Nord begangen hätten oder aber zum Nord angeflüchtet hätten, sollten die Todesstrafe erleiden. Die Hottentotten sollten bedenken, daß es ihnen unmöglich sei, auf die Dauer dem großen und mächtigen deutschen Kaiser erfolgreich Widerstand zu leisten. Was sei aus dem Herero-Volk, was aus dem Häuptling Maharero geworden! Er sei wie ein wildes Tier über die englische Grenze geflohen und so arm geworden, wie der ärmste Herero. So sei es auch allen anderen Häuptlingen ergangen, die Weiße ermordet hätten. Einige seien verhungert, andere von deutschen Truppen gezwungen worden, sich über die Grenze zu flüchten. Die Hottentotten, welche sich ergäben, sollten bis zum Ende des Krieges Beschäftigung und Nahrung erhalten, alsdann werde der große Kaiser eine neue Verwaltung des Landes einrichten. Schließlich sei Trotha in seiner Proklamation Preise auf die Auslieferung, ob tot oder lebendig, der folgenden Häuptlinge. So auf die Auslieferung Hendrik Witbois 5000 M., auf die Stuurman Schepperts 3000 M., die Cornelius Frederiks 2000 M. usw.

Diese Proklamation beweist, wie weit die Truppen des General Trotha noch von ihrer Aufgabe, die Hottentotten vollständig niederzuwerfen, entfernt sind. Trothdem würden wir diese Proklamation für einen sehr vernünftigen Akt halten, wenn nicht gleichzeitig auf die Köpfe der Häuptlinge Preise gesetzt wären. Ganz abgesehen davon, daß es sehr die Frage ist, ob diese Aufforderung irgend einen Erfolg haben wird, halten wir es der deutschen Ration für unwürdig, in einer so wenig zivilisierten Art Krieg zu führen! Handelt es sich doch in Wirklichkeit nicht um die Vernichtung von Räuberbanden, sondern um die Niederwerfung eines Feindes, der vor dem Vorschlagen sogar noch in aller Form dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hat und dem selbst in reaktionären Blättern noch vor wenigen Monaten eine ungewöhnliche Ritterlichkeit zugestanden wurde. Auch von der Aufforderung zur Ergebung versprechen wir uns bei der derzeitigen Lage auf dem Kriegsschauplatz recht wenig. Man hätte die Hottentotten nicht erst zum Aufstande treiben sollen!

Das „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich nunmehr ebenfalls mit der Bestrafung jener Patrouille, die seinerzeit eine alte Herero-Frau aus Wit über die verteilte Andkunft nach dem Verbleib der übrigen Dorfbewohner ausverfolgt hat. Die Soldaten hätten gewiß gefehlt, aber ihnen seien die unerhörten Greuelthaten der Hereros, namentlich die Grausamkeiten gegen verurteilte Deutsche als Widerungsgründe anzurechnen. Wie die Dinge lägen, genüge es durchaus, wenn die zu 12 und 15 Jahren Zuchthaus Verurteilten einige Zeit in Haft gehalten würden zur Abschreckung für andere; die Zuchthausstrafe sei entschieden zu hart gewesen, eine Gefängnisstrafe hätte wohl auch genügt. Die Kriegsverbrechen-Paragrafen, die für die Kämpfe mit zivilisierten Gegnern zugeschnitten seien, hätte man wohl in Afrika etwas modifizieren können.

Die „Tageblatt“-Juden vertreten hier eine recht aktive Rishinemoral! Als ob durch die Vergabung der ursprünglich zum Tode verurteilten Leute die Kriegsverbrechenparagrafen nicht schon mehr als genügend modifiziert worden wären, denn wenn in einem europäischen Kriege die betreffenden Soldaten eine alte Frau ermordet hätten, so wären sie wohl schwerlich mit 12 oder 15 Jahren Zuchthaus davon gekommen.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Freitag zunächst die zweite Lesung der Kamerunbahn-Vorlage erledigt. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Sicherung des Eisenbahninduzials gegen die Verteilung von Konzessionen an Konkurrenzunternehmen. Aus den früheren Konzessionen geht hervor, wie Abg. Singer darlegte, daß man die Lösung einer solchen Frage der Zukunft überlassen müsse, nur die Sicherung müsse man den bestehenden Gesellschaften geben, daß keine Konzession erteilt werden dürfe, ohne daß sie gehört werden. Bei einer Fortsetzung der Eisenbahn komme naturgemäß zunächst die Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft in Frage; aber man brauche sich doch auch nicht die Hände zu binden! In der Konzession ist die Berechtigung zum Ausbau eines Hafens erteilt; da müßten dem Reich alle Rechte vorbehalten bleiben, damit kein vollständiges Betriebsmonopol entstehe. Abg. Dr. Semler legte dar, daß durch der Bahnbau die Nordwest-Kamerun-Gesellschaft besonders begünstigt werde und daß die beiden Gesellschaften sich wohl bald finden würden zu einer Verlängerung der Bahn; deshalb dürfe man der Bahngesellschaft kein

Vorrecht geben. Abg. Lattmann wies nach, daß die Gesellschaften schon zusammenarbeiten: die leitenden Männer der Gesellschaft „Nordwest-Kamerun“ säßen schon in der Bahngesellschaft. Die Gesellschaft „Nordwest-Kamerun“ habe noch keine einzige ihrer Verpflichtungen erfüllt: jetzt sei man drauf und dran, denselben Gesellschaften große Rechte zu geben, wenn man nicht den Absatz 2 des § 8 streiche, der von Zukunftsberechtigten handle. Abg. v. Arenberg und Arendt traten lebhaft dafür ein, daß man der Bahngesellschaft ein Vorrecht für die Zukunft lasse. Wichtiger sei ungewissheit die Hafenfrage. Abg. Dr. Südekum fragte an, ob eine Gewähr für die öffentliche Benutzbarkeit der Hafenanlage gegeben sei; der Wortlaut der vorgeschlagenen Konzession lasse Zweifel daran entstehen. Abg. Dr. Paasche beantragte, die Frage der Zukunftsberechtigten folgendermaßen zu fassen: „Konzessionen zum Weiterbau oder für Anschlußbahnen oder Hafenanlagen dürfen nur nach Anhörung der Kamerunbahn-Gesellschaft bewilligt werden und bedürfen der Genehmigung des Reichstanzlers.“ Abg. Dr. Semler wollte noch hinzugefügt wissen, daß die Hafenanlagen, soweit sie nicht für die Bahn gebraucht werden, dem öffentlichen Verkehr freistehen müßten. Abg. Singer legte dar, daß gegen die Veräußerung des Privatkapitals in den Kolonien nichts einzuwenden sei, wenn keine öffentlichen Interessen dadurch verletzt würden; das gefasste aber durch die unünftigen Landkonzessionen. Das Verfahren der Kommission in der Frage der Vorkonzessionen sei grundsätzlich; man müsse die Bahngesellschaft einfach vor die Alternative stellen, entweder den ganzen Vertrag fallen zu lassen, oder die Vorkonzessionen für die Zukunft streichen zu lassen. Das Verfahren der Kolonialverwaltung in Sachen der Hafenanlage sei geradezu unglücklich; die Kommission habe offiziell gar nicht erfahren, sondern nur durch die Mitteilungen einiger Herren über ihre privaten Gespräche mit dem Unternehmer des Bahnbauwerks! Die Instruktion des persönlichen Verhandlung einzelner Parlamentsmitglieder mit der Regierung nehme immer mehr überhand. Man könne sich fast nur noch auf dem Umwege über private Gespräche über die Intentionen der Regierung unterrichten. Der Kolonialdirektor schwiege sich, wie gewöhnlich, in allen Sprachen aus! Seine Verteidigung übernahm der Abg. Prinz v. Arenberg, der meinte, es sei über die Hafenanlage genügend mitgeteilt worden. Man müsse allerdings Sicherheiten gegen eine monopolistische Benutzung des Hafens schaffen; das tue der Antrag Semler. Ein von ihm selbst eingereicherter Antrag sichere das Recht des Reiches und des Schutzgebietes, eine oder mehrere Bahnen ohne Rücksicht auf die Kamerunbahn zu bauen.

Der Antrag Paasche wurde angenommen; dazu der Antrag Arenberg, der die Rechte des Reiches auf alle Fälle sichert; endlich der Antrag Semler, der Vorkehrungen gegen ein Hafensmonopol schafft.

Zu dem § 11, der von den Landkonzessionen handelt, legte Abg. Ledebour einen Antrag vor, der gewisse Mißverständnisse darüber beseitigen soll, welches Land denn eigentlich der Gesellschaft zugeleitet werde: innerhalb der Wüste, die rechts und links von der Bahn liegen, sollen nur die im Besitze des Schutzgebietes oder als herrenlos zu betrachtende Grundstücke ins Eigentum der Gesellschaft überantwortet werden. Abg. Lattmann legte einen Brief eines Missionars vor, der vor neuen Landkonzessionen beim Bahnbau warnte, weil dadurch Kaffstände hervorgerufen würden. Die Verfügungen des Kolonialamtes blieben lediglich auf dem Papier, die Landkonzessionen machten doch, was sie wollten. Gerade auch im Gebiete der Nordwest-Kamerun-Gesellschaft seien diese Schwierigkeiten entstanden; jetzt würde durch diesen Vorschlag der Wert der Ländereien dieser Gesellschaft erheblich gesteigert: die Gesellschaft sei mit der Bahngesellschaft eng liiert. Auch ein Professor vom orientalischen Seminar habe vor den neuen Landkonzessionen eindringlich gewarnt. Aus einer Anzahl von Karten und Briefen eines Duallanegers schloß Abg. Lattmann, daß man sich nicht über den Kulturgrad der Kameruner Eingeborenen einer Täuschung hingeben dürfe: ein solches Volk lasse sich sein Land nicht ohne Widerstand wegnehmen. Abg. Ledebour wies darauf hin, daß aus dem vorgelegten Material herborgehe, welche Benützung der Regier durch die Landkonzessionen hervorgerufen werden könne, da der Gouverneur der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß nur das als Eigentum der Regier anzusehen sei, was bebaut oder mit Häuten besetzt sei. Auch die Gesellschaft „Nordwest-Kamerun“ erkenne das sogenannte „Stammesland“ der Regier überhaupt nicht an. Wie sie es damit halten wolle, müsse die Regierung zweifelsfrei darlegen.

Der § 11 wurde in der Fassung, die ihm der Antrag Ledebour gegeben hatte, angenommen. Der Rest der Konzession und das Gesetz wurden unverändert angenommen.

Wahlprüfungskommission.

Im Wahlkreise Schwiege-Schmalzfelden fand im März 1904 eine Nachwahl statt, bei der in der Stichwahl der Antisemit Raab gewählt wurde. Nach der Wahl wurde behauptet, daß der sozialdemokratische Kandidat, Wilhelm Hugo, Armenunterstützung bezogen habe, daher nach § 3 Abs. 3 des Wahlgesetzes nicht wählbar sei. Ein von freisinniger Seite eingereicherter Wahlprotest bezieht sich hauptsächlich auf diese Angelegenheit und behauptet, an Hugos Stelle hätte der freisinnige Kandidat in Stichwahl kommen müssen. Außerdem zählt der Protest eine Reihe anderer Verstöße auf. Auch ist dem Protest ein gedruckter Aufruf beigelegt, der den konservativen Kandidaten empfiehlt und von 14 Bürgermeistern unterzeichnet ist. Bezüglich des letzteren Falles wenden sich die Abgeordneten Lucas (natl.) und Graf Reventlow (Antis.) gegen die Auffassung der Regierung, die den Beschluß des Reichstages im Falle Pauli als maßgebend erachtet, daß nämlich ein gedrucktes Vorliegendes Flugblatt, das Beamte, Bürgermeister und Gemeindevorstände unter Verfüßung ihres Amtes unterzeichneten und in dem sie einen bestimmten Kandidaten empfehlen, als gültiger Beweis für eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung zu betrachten sei.

Eine Anzahl von Verhöfen wurden von der Kommission für erheblich befunden und die Referenten beauftragt, genaue Berechnung über die eventuelle Wirkung der zu lassierenden Wahlakte vorzunehmen. Die Entscheidung darüber wurde jedoch ausgesetzt, bis festgestellt sei, ob der Kandidat Hugo Armenunterstützung erhalten habe und nicht wählbar gewesen sei. Die Angabe, daß Frau und Kind Hugos auf dessen Ersuchen in das Krankenhaus aufgenommen worden und Hugo landarm sei, führte zu einer langen Debatte, in der von den sozialdemokratischen Abgeordneten die Erklärung abgegeben wurde, daß, obgleich nach der bisherigen Praxis Armenunterstützung als Armenunterstützung betrachtet werde, sie es doch für eine Härte hielten, Armenunterstützung zur Schmälerung bürgerlicher und politischer Rechte anzunehmen. Die Kommission beschloß, die Wahl zu beanstanden und Wiedererhebung zu nächst über die Hugo betreffende Behauptung beim Plenum zu beantragen. Ergibt die Erhebung die Befestigung jener Behauptung, würde die Wahl Raab's für ungültig erklärt werden.

Die russische Revolution.

Warschau, 19. Mai. (Offizielle Meldung.) Als ein Arbeiter sich der Beobachtung durch zwei Detektives zu entziehen suchte und in der Miadowastraße über eine Luke im Pflaster stolperte, explodierte eine Bombe in seiner Tasche, wodurch er, die beiden Detektives und ein Passant getötet wurden. Man glaubt, daß die Bombe für den Generalgouverneur Maximowitsch bestimmt war, der zu dieser Zeit vom Gottesdienste wegen des Geburtstages des Kaisers aus der Kathedrale zurückkehren sollte.

Ein Telegramm des „Tag“ schildert den Vorgang wie folgt: Als heute mittag 12 Uhr die Spitzen der Behörden mit dem Generalgouverneur Maximowitsch anlässlich des Krönungsfeiertages in der orthodoxen Kirche versammelt waren, erfolgte in der be-

nachbarten Modowastraße vor dem Hause Nr. 4 eine furchtbare Explosion, deren Knall in der ganzen mittleren Stadt gehört wurde. Auf der Stelle der Katastrophe fand man drei schrecklich verstümmelte Leichen; sechs Personen wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Ueber den Vorgang verlautet folgendes: Zwei Geheimagenten beobachteten eine ihnen verdächtige Person, die in der Veranda eines Cafés sich restaurierte. Als die Agenten den Mann verhaften wollten, entfloh er, kam zu Fall, und die Bomben, die er bei sich trug, explodierten. Offenbar wollte der Kittenfänger die Heimkehr des Gouverneurs aus der Kirche abwarten, um dann seinen Anschlag bei der Vorbeifahrt auszuführen. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Die Fensterscheiben vieler Häuser gingen in Trümmer, die Konditorei Trojanski und ein daneben liegender Bilderrahmen wurden zerstört, das Pfister wurde aufgerissen. Generalgouverneur Magimowitsch erreichte auf Umwegen seine Wohnung.

Der Nachfolger Roschdjestwensky.

Der „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg: Die Ernennung Wirilew zum Befehlshaber des russischen Geschwaders in Ostasien wird nunmehr im Marineamt sowie im Generalstabe der Marine bestätigt. Wirilew werde das Kommando übernehmen, sobald Roschdjestwensky mit seinem Geschwader in Wladivostok eingetroffen sei. Die Gründe für den Rücktritt Roschdjestwensky, welche vom Generalstabe angegeben werden, beruhen darin, daß Roschdjestwensky tatsächlich schwer leidend und nicht in der Lage sei, den schweren Aufgaben seines Postens nachzukommen; seine Erziehung werde notwendig, damit sich sein Zustand nicht noch verschlimmere. Roschdjestwensky bleibt jedoch Generalkommandant der Marine. Wirilew reist morgen nach Moskau und wird, sobald er die letzten Instruktionen erhalten hat, unverzüglich nach Wladivostok weiterfahren. Dort wird er dem Oberbefehlshaber der mandchurischen Armee, Linewitsch unterstellt.

Zur Hebung der Port Arthur-Schiffe.

London, 19. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 18. d. Mts.: Dem Vernehmen nach besteht bei der japanischen Admiralität die Meinung, daß die auf der See von Port Arthur gesunkenen russischen Schiffe „Pereswet“, „Koltawa“, „Retwisan“, „Pobjeda“ und „Bajan“ wieder gehoben und ausgebessert werden können. Die Kosten werden auf je 150 000 Pfd. Sterl. geschätzt. Wie dem „Standard“ über Shanghai am 18. Mai gemeldet wird, ist der Kreuzer „Ballada“ bereits wieder flott gemacht worden.

Die russische Transportflotte.

Saigon, 19. Mai. 43 Kohlenfahrzeuge liegen unter strenger Ueberwachung durch das französische Kanonenboot „Grenade“ gegenüber Khabé vor Anker. Etwa zwanzig andere Kohlenfahrzeuge sind auf der Höhe von Kap Saint Jacques verankert und werden von dem Kreuzer „D'Assas“ überwacht. Ein einziges Kohlenfahrzeug, „Kiew“, liegt im Handelshafen von Saigon. Man nimmt hier nicht an, daß von der Flotte Roschdjestwensky hier direkte Nachrichten eingehen werden, außer für den Fall, daß es in den Gewässern der Pescadorez zu einer Seeschlacht käme.

Aus der Partei.

Der Fraktionsbeschluss gegen Beus wird in der „Frankfurter Volkszeitung“ getadelt. Sie schreibt nach Mitteilung des Sachverhalts:

„Stimmen wir also mit Beus keineswegs überein, so erscheint uns dennoch der Fraktionsbeschluss eigenartig. Unsere Fraktion soll, wo es sich nicht direkt um Parteiorganisation und Disziplin dreht, keine Personen wegen ihrer Ansichten zensurieren. Sie soll sagen, wenn es nötig ist, das oder jenes sei nach ihrer Meinung das Richtige, aber das genügt und muß genügen. Die scharfe Wendung gegen die Person von Beus im Fraktionsbeschluss ist um so auffälliger, als bei den Abstimmungsentscheidungen von Genossen, die z. B. bei der südwestafrikanischen Expedition und anderen, viel wichtigeren Dingen, als es die Umsatzsteuer ist, vorzamen, niemand in der Partei jemals eine so persönlich zugelegte Stellungnahme für nötig gehalten hat.“

Die „Redenburgische Volkszeitung“ bemerkt zu dem Beschlusse:

„Inwiefern die Reichstagsfraktion als solche Stellung nehmen mußte zu Handlungen, die Beus als Abgeordneter zum anhaltischen Landtag ausübte, das ist und nicht so ohne weiteres verständlich. Viel näher hätte unseres Erachtens gelegen, daß der Parteivorstand eine Erklärung abgab, wenn man das schon als eine Notwendigkeit anjah. Daß wir die Beus'sche Extratour nicht gutheißen, ist bekannt.“

Mit dem Organisationsstatut beschäftigte sich der Parteiverein in Harburg. Der Referent Boller unterbreitete der Versammlung folgende Anträge:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Harburg beantragt, dem § 15, Abs. 2 des Entwurfs folgende Fassung zu geben:

Zur Teilnahme an dem Parteitage ist der vierte Teil der Reichstagsfraktion berechtigt. Die Delegierten der Fraktion sind von dieser vorzuschlagen und zu wählen.

Im § 18 sind die Worte: „vier Wochen“ durch „zwei Monate“, und die Worte: „drei Wochen“ durch „vier Wochen“ zu ersetzen.

Die Debatte konnte noch nicht zu Ende geführt werden, so daß auch noch kein Beschluß gefaßt wurde.

Die Parteigenossen in Köln haben mit der Vereinigung der Organisationen von Köln-Stadt und Köln-Land gute Erfahrungen gemacht. Seit dem ersten Quartal 1905 hat sich die Mitgliederzahl in Köln-Stadt von 553 auf 1142 und die in Köln-Land von 527 auf 876 gehoben. Auch die Zahl der Abonnenten auf die „Rheinische Zeitung“ ist fortgesetzt gestiegen.

Der Wahlverein Lübben-Steinkirchen warnt vor dem Schulmacher Theodor Kurze, der von dort verschwunden ist ohne Regelung seiner Verbindlichkeiten aus dem Vertriebe der „Märkischen Volksstimme“.

Saarabien vor Gericht.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Trier, den 19. Mai 1905.

Die heutige Vormittags-Sitzung war der Höhepunkt der Verhandlungen. Zunächst behandelte Bergmann Gontard, er sei in der sogenannten Straßstraße im Schlafhause verlegt worden, nur weil er dasbada-Blätter gelesen habe. Die Lesarten der Bewohner sei ständig bewacht worden durch den Aufseher Bremer.

Der Aufseher will keine Straßstraße anerkennen, gibt aber zu, die Leser der Dasbada-Blätter isoliert zu haben.

Bergmann Müller kennt auch keine Straßstraße, während Bergmann Veder ihre Existenz behauptet.

Nun folgte der Fall Adam, erstmalig behandelt im Prozeß Krämmer. Zeuge Bergmeister Adam gibt an, er sei katholisch und habe sich unsympathisch über die Kandidatur Prieges geäußert. Auch habe er es als Unrecht empfunden, daß unter den ihm als Vergleichen vorgeschlagenen Vergleichen mehr Protestanten wie Katholiken sind, während die letzteren in der Delegation weitand überlegen sind. Er wurde eines

Tages zu Hilger gerufen, der ihm gesagt habe: „Ich erwarte, daß jeder Beamte Prieges wählt.“ Als ich mich auf meine Staatsbürgerrechte berief, gab mir Hilger die Antwort: Nun gebe ich Ihnen den Befehl, in die nationalliberale Versammlung zu gehen. Nun sie es nicht, werde ich dem Minister Bericht erstatten und Ihre Verlegung beantragen. (Große Sensation.) Adam weigerte sich wieder und ist dann wirklich verlegt worden. Bei einem Diner habe Geheimrat Hilger mit Beziehung auf die Reichstagswahlen gesagt: Wer nicht mitläuft, der fliegt. (Bewegung.) Hilger kann sich des letzteren Falles nicht mehr erinnern, glaubt aber auch nicht gesagt zu haben: Wer nicht mitläuft, der fliegt. Den Befehl habe er Adam erteilt, mit Bezug auf seine Lehrtätigkeit an der Bergschule. Mit der Wahl habe der Befehl und die erfolgte Verlegung nichts zu tun gehabt.

Bergmeister Adam bleibt aber bestimmt dabei, daß jener Befehl sich auf die Wählerversammlung bezog; nur wegen seiner Weigerung, sich an der Wahlarbeit für Prieges zu beteiligen, sei die Verlegung erfolgt. Von der Auslage könne er nichts zuzunehmen. (Dieser Fall beweist, daß nicht nur Arbeiter, sondern selbst höhere Beamte in ihrem Staatsbürgerrecht beschränkt werden, wie auch der Angeklagte Krämmer in seinen Substanzrechten behauptet hatte.)

Der nächste Zeuge, damals Fahrsteiger in Eugweiler, sehr Anhänger war, sich seinen Vorgesetzten als Nationalliberal vorzustellen. Er ist schon demontiert und deswegen verlegt worden. Vergleichen Höp habe ihm bedeutet, daß im Saargebiet nur Dasbada (d. h. Nationalliberale) Aussicht habe auf Beförderung. Vergleichen Höp habe zu David gesagt, man könne ihm wegen seiner politischen Gesinnung künden. David hat es deshalb vorgezogen, dem Zentrum fern zu bleiben. Zeuge Höp und Liesenhoff legen der Sache entweder eine harmlose Bedeutung bei, oder bestreiten die Auslage Davids oder können sich nicht entsinnen. Die Verlegung Davids erklären sie mit unwesentlichen Gründen, politische Lagen nicht vor. David blieb bei seiner Auslage und gibt zu, an Geheimrat Hilger einen Brief geschrieben zu haben, um darin nationalliberale Gesinnung zu bekräftigen. Von Rechtsanwalt Heine befragt, welcher bestimmte Anlaß zu dem Briefe vorlag, verweigert Zeuge die Auslage mit Rücksicht auf das Dienstgeheimnis. Heine ersuchte darauf sofort die Bergbehörde zur Erteilung der Genehmigung für weitere Auslagen des Zeugen David.

Nicht nur in politischen Angelegenheiten seiner Untergebenen griff Hilger ein, er fühlte sich auch anscheinend als Hüter der öffentlichen Justiz. Der Bergmann Weber, ein nationalliberaler Agitator, hat die Frau des Bergmanns Blum mißhandelt, wofür Weber 4 Monate Gefängnis erhielt. In dem Prozeß haben die Vergleichen Blum und Veder Verlesungszeugen gespielt, nach dem Prozeß habe Hilger sie rufen lassen und gesagt: Weil Ihr falsch geschworen habt, wodurch der unschuldige Weber 4 Monate Gefängnis erhielt, seid Ihr für 4 Monate aus der Arbeit entlassen. (Große Bewegung.) Hilger bestreitet das gesagt zu haben. Er habe die beiden einestheils bestrafen wollen, weil sie Familienunfrieden hatten, und andernteils wegen Abjagmangel ablegen wollen.

Rechtsanwalt Heine stellt fest, daß in dem betreffenden Jahre 1895 steigender Abjag war und jedenfalls die Entlassung von zwei oder drei Arbeitern die Förderung der Produktion nicht beeinflussen konnte. Sonst würden die jüngeren Jahrgänge bei Abjagmangel abgelegt, hier seien es aber ältere Leute gewesen. Der eine habe auch mit der Streiterei nichts zu tun gehabt, er hat nur gegen den nationalliberalen Agitator Weber gezeugt. Hilger bestreitet, das damalige Gerichtsurteil lortigiert zu haben, sondern tatsächlich habe Abjagmangel geherrscht. Dabei würden bei Entlassung solche berücksichtigt, die etwas auf dem „Kerchholz“ hätten. Rechtsanwalt Heine bemerkt, auf dem „Kerchholz“ hätten freilich die beiden die gerichtliche Verlesung des nationalliberalen Agitators Weber. (Große Heiterkeit.)

Es folgten nun die Gutachten über die sozialen Verhältnisse der Saarbergleute. Pfarrer Schütz behauptet, wenn auch die Vergleichen-Lohnverhältnisse mäßig hoch seien, so herrschten doch derartige Verhältnisse, daß Nahrung und Wohnung vieler Vergleichen nur dürftig seien. Vielfach bewohnten Familien nur 2 Räume. Es käme nur zwei- oder dreimal in der Woche Fleisch auf den Tisch. Eine Familie von 7 Köpfen, deren Budget der Pfarrer kontrollierte, verzehrten monatlich nur 16 Pfund Fleisch. In dieser Pfarrei gäbe es zahlreiche Überfülle. Eine bessere Wohnung und bessere Nahrung würden segensreich wirken. Er bestreitet nicht, daß auch gute Löhne und behagliche Existenzen vorhanden sind, aber es herrscht auch große Dürftigkeit. Hilger gibt statistische Durchschnittszahlen über Wohnungslosigkeit und Kopfzahl der Familien der Saarbergleute an. Diese Zahlen sind sehr günstig, von einem Glend, wie es der Pfarrer behauptete, könne keine Rede sein. Die Sparkasseneinlagen der Vergleichen seien auch gestiegen. — Rechtsanwalt Heine macht auf den wirklichen Wert solcher Durchschnittszahlen aufmerksam. Was der Pfarrer behauptete, seien seine persönlichen Wahrnehmungen. Uebrigens seien die Saarbergleute schon ganzinvalide geworden im Jahre 1903 mit durchschnittlich 47,2 Lebensjahren. Vorher war die Arbeitsfähigkeit andauernder. Das spräche nicht für eine Besserung der Verhältnisse.

(Schluß der Vormittags-Sitzung.)

In der Nachmittags-Sitzung kam es zu höchst lehrreichen Darlegungen über die Lebensverhältnisse der Vergleichen. Die katholischen Geistlichen Schütz, Schmitz und Borten forderten sehr wertvolles sozialpolitisches Material zutage. Die Zeugen bekunden, daß sie die Frage, daß doch der Fiskus bessere Löhne zahlen könnte, ganz außer acht lassen wollen. Auch müsse zugegeben werden, daß zahlreiche Arbeiter anständig verdienen. Aber wenn auch die einen 5 bis 8 M. erhielten, davon hätten die anderen, die nur 3 bis 4 M. bekämen, gar nichts. Unter den 45 000 Saarbergleuten gäbe es zweifelslos tausende Familienväter, die sehr dürftig, sogar im Glend lebten, wenn man zeitgemäße kulturelle Ansprüche an die Lebenshaltung stellen wollte. Natürlich spielt der wirtschaftliche Sinn eine große Rolle dabei. Inzwischen führten die Zeugen durch Vorlage sehr sorgfältig ausgearbeiteter Haushaltungs-Rechnungen den Nachweis, daß selbst recht sparsame Hausfrauen, auch wenn der Mann die höchste Lohnklasse besitze, kaum auskommen. Häufig müssen Schulden gemacht werden. Darum vertritt es sich von selbst, daß Familienväter, die in geringeren Lohnklassen ständen und ein Häuflein Kinder hätten, aus dem Schuldenmachen nicht herauskommen. So wurde ein hochbezahlter Arbeiter als Beispiel angeführt, der trotz seiner tüchtigen Hausfrau 2,54 M. für Nahrungsmittel braucht, der aber nach Abzug aller notwendigen anderen Ausgaben pro Tag nur 2,22 M. zu verzeihen hätte. Die Lebensmittel seien sehr teuer, die schwere Bergarbeit erfordere kräftige Nahrung. Dementsprechend seien die Löhne nicht ausreichend, weshalb sich auch erkläre, daß viele Familien nur Sonntags Fleisch essen, oder auch in der Woche nur der Hausvater. Die Wohnungsverhältnisse entsprechen nicht den Vorschriften der Gesundheitslehre. In den Dörfern seien alle Räume vom Keller bis zum Dach bewohnt. Hunderte Kellerrwohnungen, teilweise sehr feucht, seien vorhanden. Wer sich ein Häuschen baut, vermiete es wieder fast ganz an Untermieter, die Frau halte sich Kofsgänger. Uebrigens habe der Fiskus, auf den der Fiskus über die Anapptatistkaffe Gelder gegeben, die Eigenschaft, den Arbeiter noch abhängiger und unterwürfiger gegen die Bergverwaltung zu machen. Diese Zustände seien durchaus nicht ideal. Infolge der mangelhaften Ernährung und schlechten Wohnungen, meinten die geistlichen Zeugen, machen die Arbeiter-schaft und ebenso ihre Kinder einen kränklichen Eindruck. Wenn nicht frisches Blut hineinläme, degeneriere die Bevölkerung. Die Arbeitermasse mache den Eindruck eines verkümmerten Proletariats. (Diesen Ausdruck wendet mehrmals Pfarrer Borten an.) Es könne nur besser werden, wenn die schlechte Ernährung und jämmerlichen Wohnungsverhältnisse beseitigt würden. Erfreulich sei, daß im letzten Jahre nach dem ersten Krämmerprozeß die Lohnverhältnisse sich etwas gebessert hätten. (Diese Bekundung machte ersichtlich einen tiefen Eindruck.)

Gerade entgegengesetzt lauten die Gutachten der nun aufstretenden Bürgermeister, Ortsvorsteher und eines Arztes. Die Herren erklärten die Nahrung und Wohnung der Arbeiter für gut, für sehr gut, oder so gut wie tadellos. Es würde viel Fleisch gegessen, viel Bier und Milch usw. verzehret. Viele Arbeiter schlachten ihr eigenes Schwein. Von Kellerrwohnungen wissen diese Zeugen nichts, auch nichts von ungesund und beschränkten Wohnungen. Der Gesundheitszustand sei gut, der Wohlstand sei groß, die Vergleichen sparten sich tausende Mark. (Im Zuhörerraum werden diese Zeugenaussagen mit andauernder Heiterkeit aufgenommen.) Als der Arzt es als einen Luxus bezeichnete, daß in vielen Arbeiterfamilien der Mann und die Frau jeder für sich ein eigenes Bett hätten, brach das Auditorium in lautes Lachen aus. Stürmische Heiterkeit erwiderte die Aussage des Arztes: wenn die Vergleichen kein Fleisch äßen, so würden sie wohl feins essen wollen. Das war der Gipfel.

Dann wurde die Sitzung auf morgen früh vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte hat an das Reichsamt des Innern eine Petition gerichtet, dieses möge bei der Feststellung des Gehaltens über die Errichtung von Arbeitskammern auch den erwerbstätigen Frauen eine Beteiligung und Vertretung gewähren.

Soziales.

Das angemessene Aufsichtsrecht des Magistratskommissars.

Eine für Arbeiterklassen bedeutsame Entscheidung fällt am Donnerstag das Oberverwaltungsgericht zugunsten der Selbstverwaltung der Klassen. Die unsere Leser erinnern sich sein wird, gehörte zu den Schritten, mit denen Hilfsarbeiter des Magistrats als „Magistratskommissare“ die Vertreter der Arbeiter-schaft im Vorstande der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse beehrlichten, auch das mit dem Krankenversicherungs-gesetz unvereinbare Verbot an das Vorstandsmittglied Albrecht, sich der ferneren Ausübung seiner Vorstandstätigkeit zu enthalten, weil er seinen Arbeitgeber gewechselt hatte. Auf die Beschwerde Albrechts erklärte der Bezirksaus-schuh, das Verwaltungs-streitverfahren sei nicht zulässig, der Minister des Handels erklärte hingegen, nur das Verwaltungs-streitverfahren sei zulässig; die Albrecht'sche Sache ruht deshalb vorläufig als un-entschieden, welche Behörde zur Entscheidung über Albrechts Beschwerde gegen den Bescheid zuständig sei, den Albrecht auch aus dem formellen Grunde angefochten hatte, daß der sogenannte Magistratskommissar auch formell zum Erlaß einer solchen Verfügung nicht berechtigt sei. Ueber diese prinzipiell wichtige formelle Frage, ob der Magistratskommissar oder einer seiner Hilfsarbeiter (Assessor Korn oder Magistratsrat Veder) zur Ausübung von Funktionen als Aufsichts-behörde, insbesondere zum Erlaß von Strafverfügungen berechtigt sei, ist in dem am Donnerstag entschiedenen Prozeß zu ungunsten des Magistrats entschieden worden. Es hatten nämlich sämtliche Arbeitervertreter des Vorstandes es abgelehnt, solange als Vorstandsmittglieder zu fungieren, bis nicht endlich durch Zulassung Albrechts als Vorstandsmittglied der Rumpfvorstand zu einem ordentlichen Vorstand umgestaltet sein werde. Hierauf erließ der Assessor Korn als „Magistratskommissar i. V.“ eine Aufforderung gegen die einzelnen Vorstandsmittglieder auf Grund des § 45 des Kranken-versicherungs-gesetzes, durch die er die Mitglieder aufforderte, ihr Amt bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe vom 10 M. auszuüben. Diese Verfügung forderte einige der Vorstandsmittglieder als materiell und formell unzulässig an. In formeller Beziehung führten sie insbesondere an: Unter keinen Umständen sei der Assessor Korn, ein Hilfsarbeiter, zur Ausübung einer Funktion als Aufsichts-behörde befugt. Hierzu sei lediglich, wenn nicht der Magistrat allein, wie es das R.-V.-G. befehle, höchstens ein Kommissar, das heißt ein Mitglied des Magistrats, auf Grund der Ministerialanweisung vom 10. Juli 1892 befugt. Der Bezirksaus-schuh wies die Anfechtung unter dem 3. Januar in einer der seltsamen Entscheidungen ab, die den Berliner Bezirksaus-schuh auszeichnen. Das Oberverwaltungsgericht ging in seiner am Donnerstag gefällten Entscheidung über das Verlangen der Kläger noch hinaus. Es erklärte nach mehrstündiger Beratung, die Ansicht der persönlich erschienenen Vorstandsmittglieder Zeußner und Reikner, daß der auch persönlich erschienene Assessor Korn zum Erlaß von Strafverfügungen auf Grund des § 45 R.-V.-G. nicht zuständig sei, sei zweifellos richtig. Aber es sei auch der Magistratskommissar selbst trotz der Ministerialanweisung vom 10. Juli 1892 zum Erlaß einer Strafverfügung nicht befugt. Hierzu sei allein nach dem klaren Wortlaut des Krankenversicherungs-gesetzes die „Gemeinde-behörde“, also der Magistrat als Plenum befugt. Gegen ihn hätte daher auch die Klage gerichtet werden müssen. Aus diesem formellen Grunde müsse die gegen den Magistratskommissar gerichtete Klage abgewiesen werden. Da aber den Klägern nicht zur Last gelegt werden könne, daß der Magistrat überhaupt nicht entschieden habe, so seien die Gerichtskosten außer Anlag gebracht, die außergerichtlichen Kosten gegen einander kompensiert.

Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts wurde folgendermaßen begründet:

Das Reichs-gesetz kenne zweifellos nur die Gemeinde-behörde als Aufsichts-behörde über die Orts- und Betriebskassenstellen. Was die Gemeinde-behörde sei, entscheide das jeweilige Landes-gesetz, hier also das preussische. In der Stadt sei der Magistrat die kollektive Behörde. Nach der maßgebenden Städteordnung sei es nun nicht möglich, daß der Magistrat seine sämtlichen Funktionen in bestimmten Angelegenheiten einem einzelnen Kommissar übertragen könnte, so daß dieser aus eigenem Recht befugt wäre, Verfügungen zu er-laffen. Nur Deputationen und Kommissionen hätten eine gewisse Selbstständigkeit, aber nur mit der Maßgabe, daß sie aus eigenem Recht Verfügungen nicht so erlassen dürften, daß der Magistrat ganz außer Reich bleibe, mit der einzigen Ausnahme der Schul-deputation. Nun habe sich der Kommissar und der Bezirksaus-schuh für die Zulässigkeit des selbständigen Eingreifens des Kommissars auch auf die preussische Ausführungsanweisung vom 10. Juni 1892 bezogen, sowie auf die demgemäß durch Magistratsbescheid erfolgte Bestellung zum Kommissar. Es sei aber doch sehr fraglich, ob diese angezogene Instruktion des Ministers überhaupt gemeint habe, daß der Magistrat sämtliche in Betracht kommenden Funktionen der Auf-sichts-behörde dem Kommissar übertragen könnte. Praktisch lägen doch bei Ausübung behördlicher Funktionen die Dinge so, daß einzelne Mitglieder die Arbeit machten, wenn aber Anordnungen getroffen werden sollten, sie das der Behörde als solcher überließen. Aber selbst wenn in der preussischen Ausführungs-instruktion dem Kommissar eine so absolute Selbstständigkeit auch mit Bezug auf Verfügungen usw. zugesprochen wäre, könnte das nicht entscheidend sein. Es wäre nicht zulässig, Bestimmungen der Reichs-gesetze und Landes-gesetze, die die Funktionen festlegten, durch Ministerialinstruktionen beziehungsweise ministerielle Ausführungsanweisungen zu ändern. Der Magistratskommissar sei also nicht befugt zum Erlaß solcher Verfügungen. Die Borentscheidung müßte deshalb aufgehoben werden. Nunmehr müßte aber die Klage der Kläger wegen Unzulässigkeit abgewiesen werden, denn es könne nicht gegen jemanden hier festgestellt werden, der zum Erlaß der angegriffenen Verfügung unzulässig gewesen sei. Die Klage hätte gegen den Magistrat gerichtet werden müssen, und wenn dieser dann sagte, er erigne sich die Verfügung des Kom-missars an, dann hätte sich der Verwaltungs-streit gegen den Magistrat sachlich erledigen lassen. Aber wegen der Unzulässigkeit des Kom-missars habe gegen diesen die Klage nicht gerichtet werden können. Unter den obwaltenden Umständen werde natürlich mit dieser In-angriffnahme wegen Unzulässigkeit sachlich nichts entschieden, d. h. nichts entschieden über die materielle Frage, ob die Kläger durch Strafan-drohung zur Fortführung des Vorstandsamtes angehalten werden könnten usw. usw. Aus der Entscheidung gehe aber hervor, daß die Verfügung des Kommissars nicht voll-

Reichstag.

186. Sitzung vom Freitag, den 19. Mai 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Hr. v. Stengel, Reichsbankpräsident Dr. Koch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 M.

Abg. Wasing (natl.): Alle diejenigen, die sich mit den Fragen der Wahrung und des Geldverkehrs beschäftigen, sind ganz außerordentlich durch die gegenwärtige Vorlage überrascht, weil in der Öffentlichkeit nichts von einer darauf gerichteten Absicht der Regierung bekannt geworden war. Nun kommt dem Reichstage kurz vor Ausschluß diese Vorlage zu, welche mit den Grundgesetzen unserer Wahrung, dem Münzgesetz und dem Bankgesetz in Widerspruch steht. Diese schreiben nämlich übereinstimmend vor, daß Banknoten unter 100 Mark nicht ausgegeben werden dürfen. Auch waren bei der Beratung der Gesetze von keiner Seite Wünsche auf Ausgabe kleinerer Banknoten ausgesprochen worden. Die gegenwärtige Vorlage ermächtigt nun unter vollständigen Bruch mit dem Bestehenden die Reichsbank, kleine Noten auszugeben, und zwar ohne jede Schranke, ohne Limitierung, so daß theoretisch die Reichsbank ermächtigt sein würde, den gesamten Notenumlauf, der das Dreifache des Metallgeldes beträgt, in Form von kleinen Banknoten auszugeben. Ich weiß wohl, daß die Reichsbank hieran nicht denkt. Aber gerade auf dem Gebiet der Wahrung heißt es: principis obsta. Eine solche Massenausgabe von kleinen Banknoten würde das gesamte Metallgeld aus den Verkehr drängen.

Das Verkehrsbedürfnis ist nur ein Vorwand für die Vorlage. Die wahre Absicht ist die, den Goldvorrat der Reichsbank zu vermehren. So wünschenswert aber auch eine solche Vermehrung ist, so gibt es doch bei der starken Goldproduktion noch andere Mittel und Wege, um diese Vermehrung zu erreichen. Meine Freunde lehnen die Vorlage ab. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Bagem (Z.): Das Bedürfnis für die Herausgabe solcher Reichsbanknoten von 20 und 50 M ist nicht zu verkennen. Hundertmarkcheine gibt es so viel wie man haben will, will man sie aber mit Papier wechseln, so fehlt es meist an den nötigen Scheinen. Ein Unterschied zwischen Reichsbanknoten und Reichsscheinen wird im Verkehr nicht gemacht. — Herr Wasing hat sich vom Standpunkt der Goldwahrung gegen die Vorlage gewandt, nachher spricht Herr Dr. Arendt, er wird wohl vom Standpunkt der Doppelwahrung aus dagegen sprechen. (Widerspruch des Abg. Dr. Arendt.) Herr Wasing schiebt offenbar, die Goldwahrung wird geschwächt, Herr Dr. Arendt das Gegenteil. (Abg. Arendt: Nein! Heiterkeit.) Nun bin ich der Meinung, die Wahrheit liegt in der Mitte. (Abg. Bernstein: Im Zentrum! Heiterkeit.) Jawohl im Zentrum. (Erneute Heiterkeit.) Wir setzen in der Vorlage lediglich eine rein praktische Maßnahme im Interesse des Verkehrs.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Daß ein Bedürfnis nach Vermehrung des kleinen Papiergeldes besteht, wie es der Kollege Bagem ausgeführt hat, kann niemand leugnen, namentlich niemand, der, wie ich, in einer industriellen Gegend lebt und täglich Gelegenheit hat, den Mangel an kleinen Noten zu beobachten. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches hat sich seit der Gründung so vermehrt, daß während im Jahre 1874 auf den Kopf der Bevölkerung 3 M. Papiergeld kam, im Jahre 1891 die Prozentzahlsumme auf 2,4 M., im Jahre 1904 sogar auf etwa 2 M. gesunken war. (Hört! hört! im Zentrum.) Wir haben uns deshalb sehr über die Ausführungen des Kollegen Wasing gewundert.

Abg. Hr. v. Rühlmann-Dammsdorf (L.): Wir sind für die Vorlage, bedauern aber, daß sie uns so spät zugeht, und daß nicht gleichzeitig ein Gesetz auf Änderung des Umlaufs der Reichsscheine uns vorgelegt wird.

Abg. Bernstein (Soz.): Die drei letzten Herren Vorredner haben gemeint, daß die Vorlage keine Verschlechterung unserer Wahrung zur Folge haben werde. Ich halte es mit dem Worte des Herrn Wasing: Behre dem Anfang! Es wird hier ein Weg beschritten, der nach meiner Meinung zu einer Verschlechterung unserer Wahrung schon nicht ganz einwandfreien Geldwesens führen muß. Die Vorlage bedeutet so zu sagen eine Erziehung unseres Volkes zum starken Verbrauch von Papiergeld. (Abg. Dr. Arendt: Sehr richtig!) Es liegt durchaus kein Bedürfnis vor, die Zettelwirtschaft, die Banknotenzirkulation noch zu vermehren. Herr Wasing hat schon auf die starke Vermehrung der Goldproduktion hingewiesen. Der Goldbestand der Welt ist um das Dreifache gestiegen und speziell das Deutsche Reich ist durchaus genügend mit Gold versehen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß das Bedürfnis nach Goldmünzen eher zurückgeht als steigt infolge der Entwicklung des Giroverkehrs bei der Reichsbank, der ähnlichen Einrichtung bei der Post usw. Noch eine Tatsache kommt in Betracht. Es ist noch nicht ausgemacht, daß die Steigerung der Preise, namentlich der Lebensmittel, nicht in irgend einem Zusammenhang steht und bedingt ist durch die Vermehrung des Goldbestandes. Wir dürfen nicht durch Vermehrung der Zettelwirtschaft wieder den Geldwert verschlechtern, so daß die auf Löhne angewiesene Bevölkerung darunter leidet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Viel wichtiger als dies Gesetz wäre ein gutes Scheckgesetz. Zum Ausbau des Schecksystems könnte noch viel geschehen. (Abg. Arendt: Sehr wahr!) Der Scheck ist dem Kassenschein unendlich vorzuziehen, denn dem Scheck sieht jeder gleich an, was er bedeutet. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Mann aus dem Volke Kassenschein und Banknote nicht unterscheiden kann, er denkt, beides ist bares Geld. Einem Scheck sieht man es ohne weiteres an, daß er eine Anweisung ist. Auf einen Scheck kann auch jede beliebige ungerade Summe geschrieben werden. Er eignet sich daher besser zum Verschicken. In England werden 100 Millionen Mark einfach durch Schecks bedient; die Einzahlungen erfolgen in England bis zu 97 Proz. in Schecks.

Wir können für das Gesetz nicht stimmen, wir setzen darin nur eine Verschlechterung des Geldes und die Schaffung der Möglichkeit, Anleihen auf Kosten der Öffentlichkeit zu machen. Wegen eine Kommissionsberatung haben wir nichts einzuwenden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Ich habe sicher früher nie geglaubt, daß ich einmal in die Lage kommen würde, Hand in Hand mit Herrn Wasing gegen die Verschlechterung der Goldwahrung aufzutreten. (Heiterkeit.) Mit der Silberfrage hat aber dies Gesetz nichts zu tun, es ist lediglich die Goldzirkulation, die hier bedroht ist. Die Bedürfnisfrage ist absolut nicht gestellt; es ist niemand gefragt worden, während man bei der Silberfrage erst eine Umfrage für nötig hielt. Tatsächlich will man nur den Goldbestand der Reichsbank vermehren. Man sollte aber Gold aus dem Auslande heranziehen, nicht aus dem Inlande. Der reine Geldverkehr des Volkes ist die beste Dedung für kritische Zeiten. Ich stimme also mit dem Abg. Bernstein ganz überein.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bin einigermaßen überrascht, daß zwei Mitglieder unseres hohen Hauses, die einen sehr verschiedenen Standpunkt in der Währungsfrage einnehmen, der Abgeordnete Wasing und der Abgeordnete Dr. Arendt, hier eins in der Belämpfung dieser Gesetzesvorlage sind, und ich kann den Grund dafür nur darin finden, daß die Herren diese aus reinen praktischen Gesichtspunkten heraus entstandene Vorlage von rein theoretischen Voraussetzungen aus betrachtet haben. Die Herren sprachen hier von Zettelwirtschaft. Ohne die sachmännische Sachverständigkeit der beiden Herren angreifen zu wollen, muß ich sagen, ich habe unter Zettelwirtschaft bisher immer etwas anderes verstanden, nämlich die Ausgabe

von ungedecktem Papiergeld. (Sehr richtig! bei den Freimünnigen.) Warum soll eine Vorlage hier bei uns so pernitios sein während ihr Gedanke, wie Abg. Eichhoff mit Recht bemerkt hat, in anderen Staaten schon durchgeführt ist. Ich erinnere in dieser Hinsicht auch an Frankreich.

Abg. Mommsen (fr. Sp.): Ich gebe dem Herrn Staatssekretär insoweit recht, als in der Tat in Industriekreisen im Reich das Bedürfnis nach kleinem Papiergeld besteht. Wir hier in Berlin leiden weniger unter der Kalamität, weil wir an der Zentrale sitzen und uns jederzeit durch Inanspruchnahme der Reichsbank helfen können. Aber abgesehen von den „Kleinsten der Berliner Kaufmannschaft“, deren Gutachten heute in so verschiedener Weise hier zitiert wurde, hat auch, wie ich mitteilen kann, die „Berliner Handelskammer“, die andere Vertretung der Berliner Kaufmannschaft sich ebenfalls für Vermehrung des Umlaufs kleinen Papiergeldes ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Freimünnigen) und das, obgleich das Bedürfnis hier in Berlin, wie gesagt, noch lange nicht so dringend ist, wie in den Provinzen. Wer allerdings in der Vorlage eine Gefahr für unsere Goldwahrung sieht, der muß allerdings wie der Kollege Wasing am in Arm mit dem Kollegen Dr. Arendt und dem Kollegen Bernstein gegen die Vorlage eintreten. Eine Gefahr kann doch nur vorliegen, wenn man eine Vermehrung der Reichsscheinsumme vornehmen würde, denn diese sind tatsächlich trotz des Zinssturmes ungedeckt.

Abg. Dr. Passche (natl.): Ich und ein Teil meiner Freunde sind bereit, dieser Vorlage auch ohne Kommissionsberatung zuzustimmen. Unsere Gründe sind im wesentlichen dieselben, die Herr Mommsen eben angeführt hat. Er als Bankdirektor wird am ehesten in der Lage sein, das Verkehrsbedürfnis zu entscheiden.

Reichsbankpräsident Dr. Koch: Unser Bankwesen ist im allgemeinen sehr gut organisiert. Hier handelt es sich um eine minder erhebliche Verbesserung. Herr Dr. Arendt hat gesagt, die Männer der Praxis seien nicht gehört. Diese Frage ist aber bekanntlich seit Jahren freitig, bereits 1897 wurde sie erörtert. Die Reichsbank selbst hat das Bedürfnis nach kleinen Scheinen seit Jahren sehr lebhaft empfunden; also die Vorlage ist keineswegs vom Zaune gebrochen. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne ganz unverständlich.)

Abg. Raab (Ant.): Wenn der Herr Reichsbankpräsident das Bedürfnis nach der Vorlage schon lange empfunden hat, ist es um so unverständlicher, daß die Vorlage erst jetzt an uns gekommen ist, wo der Reichstag sich naturgemäß zwischen Für und Angel befindet. Was den Inhalt der Vorlage selbst anlangt, so kann ich mich den Ausführungen des Herrn Wasing nur anschließen. Gegen eine Kommissionsberatung haben wir nichts.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) zieht seinen Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission zurück.

Der Antrag Passche (natl.) auf Ueberweisung an eine besondere Kommission wird abgelehnt. Die zweite Beratung der Vorlage wird auf Antrag Arendt von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend Änderungen der Zivilprozessordnung. Hierzu liegt der Antrag Bohl (fr. Sp.) vor, die bisherige Höhe der Revisionssumme (für Revisionen an das Reichsgericht) in der Höhe von 1500 M. beizubehalten.

Abg. Minteln (Z.) bestritt gegenüber seinem Fraktionsgenossen Bagem, daß von einer „gründlichen Durchberatung“ des Gesetzes in der Kommission die Rede sein könne, und tritt aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit für Beibehaltung der bisherigen Revisionssumme ein.

Staatssekretär Dr. Nieberding polemisiert gegen den Vorredner und weist darauf hin, daß er schon in der Kommission es bestritten habe, daß sämtliche Anwaltskammern sich gegen die Erhöhung der Revisionssumme ausgesprochen hätten. Man dürfe in keiner Weise, wie der Abg. Minteln es getan hat, den Glauben erwecken, als ob sämtliche Anwaltskammern Deutschlands gegen die Vorlage seien.

Abg. Hünburg (L.) verteidigt als Vorsitzender der Kommission diese gegen die Vorwürfe des Abg. Minteln.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Tatsächlich ist die Vorlage von der Kommission in einer einzigen Abendigung durchberaten worden. Sie können nicht verlangen, daß in einer solchen Ratsitzung alle Kommissionsmitglieder anwesend sind. Für diese Kommissionsbeschlüsse, welche Sie da vor sich haben, haben von den 21 Kommissionsmitgliedern nur 9 gestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch mache ich darauf aufmerksam, daß dieselbe Vorlage allerdings mit der unwesentlichen Änderung, daß die Revisionssumme nicht auf 2500, sondern auf 3000 M. erhöht werden sollte, hier im Reichstage schon wiederholt abgelehnt worden ist. Und ich hoffe, daß sie auch diesmal abgelehnt werden wird, weil sie der sozialen Gerechtigkeit absolut widerspricht, weil sie den Mittelstand und die Arbeiterklasse von der Revision an das Reichsgericht ausschließt. Dadurch ist aber der Mittelstand und ist die Arbeiterklasse, welche die Mittel für das Reichsgericht aufbringen helfen, in jährender Weise benachteiligt. Ich lenne Ihre (zu den Konservativen) Anschauungen ja sehr wohl, aber fahren Sie nur so fort, es wird eine Zeitlang ja noch so gehen, Sie können ja auch noch die zweite Instanz abschneiden. Sie können mit denselben Grundsätzen der Arbeiterklasse überhaupt das gleiche Recht vor dem Gerichte nehmen! Man sollte den plutokratischen Charakter des bestehenden Gesetzes nicht noch vermehren, sondern die Revisionssumme überhaupt aufheben. Die Beispiele, die Herr Minteln anführte, beneiden schlagend, daß gerade der kleine Landmann, der kleine Mittelstand durch das Gesetz aufs schwerste getroffen wird. Herr Bagem meinte, es läme vor allem auf die Einheitlichkeit der Rechtsprechung an. Dem Einzelnen aber ist es ziemlich gleich, wenn er nur persönlich Recht bekommt, ob im übrigen die Rechtseinheit gewahrt wird. Dann aber steht es auch so, daß diese Rechtseinheit heute nicht gewahrt wird und auch später nicht gewahrt werden wird. Derselbe Senat entscheidet heute so, morgen so; es muß ja schließlich auch jedem das Recht zustehen, von einer schlechteren Einsicht zur besseren zu kommen, wenn es auch beim Reichsgericht gewöhnlich umgekehrt kommt. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär stellte es so hin, als müßten die niederen Gerichte des Reichsgericht dankbar sein, daß es ihnen aus allen Wirnissen herauskäufte. Es stehe im Mittelpunkt der Wissenschaft. Allerdings steht es im Mittelpunkt der Wissenschaft insofern, als die Wissenschaft überall gleich weit entfernt von ihm ist. (Heiterkeit.)

Fast von allen Rednern ist zugegeben worden, daß das Mittel, welches hier zur Entlastung des Reichsgerichts vorge schlagen wird, nichts taugt. Einen anderen Sinn können die Erklärungen der Herren Hünburg, Brunsenmann usw. nicht haben. Sie sehen ein, es taugt eigentlich nichts im Interesse der Rechtspflege, aber im Interesse der Entlastung wollen Sie es doch annehmen. Das dürfte aber kaum die Aufgabe der Gesetzgeber sein, Mittel zu ergreifen, die sie selbst für schlecht halten.

Die Ueberlastung muß in anderen Gründen liegen. Ich erinnere nur daran, daß das Reichsgericht erst kürzlich zwei volle Tage mit der Revision des Königsberger Prozesses sich beschäftigen mußte, einer ganz überflüssigen Sache. Da hat der Reichsanwalt Deduktion gemacht, deren sich die Herren Calli und Tessendorf geschämt haben würden. Deduktionen, die von vornherein den Stempel der Unwissenschaftlichkeit, Unglaubhaftigkeit an der Stirne trugen. (Unruhe.) Sie glauben es nicht. Ich will Ihnen nur eine Deduktion anführen. Es wird da vom Reichsanwalt erklärt, mit Deckerheit sei die und die Vereinbarung getroffen, ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, mit Preußen nicht.

Nun liegt aber doch politisch keine Veranlassung vor, warum mit Preußen nicht eben so verfahren werden sollte, wie mit Oesterreich; richtig sei, es sei kein Vertrag abgeschlossen. Aber weil die politischen Verhältnisse ebenso liegen und ein Vertrag hätte geschlossen werden können nach der politischen Ansicht des Reichsanwalt, müßte die Gegenseitigkeit als vorliegend angenommen werden. (Hört! hört!) Ein Mittel zur Entlastung des Reichsgerichts wäre es jedenfalls, wenn man die Revisionen der Staatsanwaltschaften beschränken könnte. Daß die Reichsgerichtsräte nicht überlastet sein können, beweist folgende Rechnung: Jede Sache muß bekanntlich durch zwei Rechtsanwälte vertreten sein. Wenn nun 4142 Sachen von 59 Richtern nicht bewältigt werden können, so wäre die doppelte Zahl, also 118 Anwälte mindestens notwendig, um ebensoviel Sachen zu bewältigen. In der Tat sind aber nur 24 Anwälte beim Reichsgericht angemeldet. Die Zahl derselben ist dieselbe geblieben, während die der Reichsgerichtsräte im Laufe der Zeit um die Hälfte vermehrt ist. Dabei haben die Rechtsanwälte doch vielfach mehr mit den Sachen zu tun; für sie kommen auch noch die Sachen hinzu, die sie von vornherein ablehnen, da sie sie auch studieren müssen. Ueber dieses Rechenexempel kommen Sie nicht hinweg. Entweder tun die Rechtsanwälte nicht ihre Pflicht oder es ist der Beweis geliefert, daß eine Ueberlastung der Reichsgerichtsräte nicht vorliegen kann. Allerdings haben sie ja auch außer ihren juristischen noch politische Funktionen auszuüben, durch die ihr Urteil beeinflusst wird. Warum soll der Fiskus das Recht der Berufung an das Reichsgericht haben, während man es dem Mittelstande bestränkt. Für den Bauer und den Arbeiter besteht durchaus ein Bedürfnis, die Möglichkeit zu haben, bis ans Reichsgericht zu gehen.

In Fällen, wo es sich um Einheitsbefehle handelt, kann man heute vielfach ans Reichsgericht gehen, und das Reichsgericht hat noch in allen solchen Fällen der Berufung stattgegeben. Wenn Sie aber die Grenze der Revisibilität herausheben, wird es sehr viel seltener sein, daß man ans Reichsgericht gehen kann. Wir haben in vielen Fällen, die gerade das praktische Leben betreffen, so z. B., wo es sich um Mietzahlungen handelt, noch kein einheitliches Recht im Deutschen Reich. Deshalb ist hier die Judikatur des obersten Gerichtshofes dringend notwendig. Im Jahre 1898 beschloß die Kommission in erster Lesung, daß für alle Fälle, die den Gewerbegerichten unterliegen, und ähnliche Materien ein oberster Gerichtshof eingesetzt werde. Bei der ersten Lesung der Kommission fiel der Antrag, weil die Regierung erklärte, daß sie zwar prinzipiell diesem Antrage zustimme, die Zeit aber noch nicht für gegeben erachte. Ein solcher Gerichtshof sollte aber „baldigt“ eingesetzt werden. Unter baldigt versteht man doch wohl „in weniger als einem Jahre“. Seitdem sind nun aber sieben Jahre verstrichen, der verprochene höchste Gerichtshof wird also frühestens im achten Jahre kommen. Diesmal aber erklärt der Staatssekretär, die Revision der Zivilprozessordnung könne erst in zehn Jahren zu erwarten sein. Danach kommt sie also erst in achtzehn Jahren. (Große Heiterkeit links.)

Weshalb setzt man denn nicht mehr Senate oder mehr Richter zu den bestehenden Senaten ein? Gibt es denn im ganzen Deutschen Reich nur 59 Richter, die in Zivilsachen richtig urteilen können? Sind denn die Richter so schlecht geworden? Das wäre ja eine Bankrotterklärung, wie sie nicht schlimmer sein könnte. Aber der wahre Grund so vieler mangelhafter Gerichtsbeschlüsse ist eine gewisse politische Abhängigkeit. Daran lassen uns neuere Vorkommnisse nicht den geringsten Zweifel. Ich will dafür einen Fall als Beweis anführen, den ich schon in der Kommission mitgeteilt habe. Es gibt eine agrarische Grundbesitz, die Königlich Preussische Zentralbank, die wiederholt Prozesse gegen kleine Bauern führt. Als beim Amtsgericht und beim Landgericht gegen sie entschieden wurde und der Fall vor das Kammergericht kommen sollte, da beschwerte sich der Herr King, der nebenbei konservativverbunden war, beim preussischen Justizminister. Wenn das ein Arbeiter oder Kleinrentner getan hätte, so wäre er entweder wegen Verstoßes, eine Rechtsbeugung zu veranlassen, unter Anklage gestellt worden, oder er wäre doch wenigstens ganz grob abgewiesen worden. In diesem Falle aber forderte der Justizminister tatsächlich die Akten ein und erklärte dann im preussischen Abgeordnetenhaus, daß nach seiner Ansicht — na, seine „Ansichten“ kennen wir ja aus seinen Erklärungen über den russischen Oberverratsprozeß — die unteren Instanzen unrecht entschieden hatten und daß er diese seine Ansicht dem Kammergericht mitgeteilt hatte. Das mußte der Vorsitzende des 11. Senats als eine Beeinträchtigung seiner Unabhängigkeit ansehen und er ist denn auch um seine Pensionierung eingekommen, d. h. doch wohl, er wollte andeuten, daß er unter einem solchen Justizminister nicht mehr Senatspräsident sein wollte. Auch ein zweiter ähnlicher Fall von verfrühter Rechtsbeugung seitens des preussischen Justizministers hat sichgetragen. In diesem Fall unterließ freilich die Regierung, der Justizminister kann nun aber an das Reichsgericht nicht heran. Deshalb wollen Sie (zur Redten), daß möglichst viel Fälle zum Kammergericht endgültig entschieden werden können. Sie wollen also die Möglichkeit erhöhen, daß ehrliche Richter um ihren Abchied einkommen müssen, weil sie sich in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt fühlen.

Sollte das Gesetz angenommen werden, trotzdem dieselben Gründe, die dasselbe Gesetz schon mehrfach zu Fall gebracht haben, auch jetzt dagegen sprechen, so würde damit lediglich dokumentiert, daß die Justiz und das Recht im Deutschen Reich nichts anderes als ein Instrument zur Ausübung der Klassenjustiz sind, dann wird bald auch der Kleinrentner einsehen, daß er so viel Rechte hingegessen hat, daß ihm an Rechten nicht mehr viel übrig bleibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie ihn und den Arbeiter davon überzeugen, dann nehmen Sie das Gesetz an und verschärfen Sie dadurch den Klassen Gegensatz. Ich werde dagegen stimmen und ich hoffe, auch die Mehrheit in diesem Hause wird dafür eintreten, daß wenigstens äußerlich der Grundjag „Recht für alle!“ bestehen bleibt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Herr Vorredner behauptet, daß einer der ältesten und verdientesten Senatspräsidenten am Kammergericht seine Entlastung genommen habe, weil der preussische Herr Justizminister Bemerkungen über die Tätigkeit des Senats, dem dieser Herr präsierte, getan habe. Ich muß dieser Darstellung widersprechen, damit aus meinem Stillschweigen nicht etwa gefolgert wird, daß der Herr Vorredner damit recht hätte. Der genannte Herr Senatspräsident ist ein Mann, den ich die Ehre habe, seit vielen Jahren genau zu kennen. Im Laufe des vergangenen Herbstes hat er mir von seiner Absicht, die Entlastung zu nehmen, Mitteilung gemacht, und zwar Begründete er diese Absicht mit seiner geschwächten Gesundheit. Es handelt sich um einen Mann von 75 Jahren. (Hört! hört! rechts.) In dieser Unterredung hat er kein Wort davon geäußert, daß irgend eine Verstimung Ursache des Abschiedsgesuches sei. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Das ist im Herbst gewesen!) Der mir sehr vertraute und sehr verdiente Beamte hatte keinen Grund, irgend ein Geßl aus den Gründen seines Abschiedsgesuches mir gegenüber zu machen. Das wollte ich nur konstatieren. Auf die übrigen Behauptungen des Herrn Vorredners einzugehen, hieße die Zeit des Reichstages zu sehr in Anspruch nehmen.

Rechtleratter Abg. Brunsen (Z.) nimmt den Kommissionsbericht gegen die Anfechtungen des Abgeordneten Minteln in Schutz. Eine gründlichere Kommission als diese hat es noch nie gegeben; es sahen nur Juristen darin. (Erneute Heiterkeit.) Was da an Zweifelsfragen der Meinungen und an Widersprüchen erlebt worden ist, ging über das Menschermögliche hinaus. (Erneute Heiterkeit.) Abg. Schmidt-Warburg (Z.): Es kann von niemand bestritten werden, daß die Erhöhung der Revisionssumme sozial außer-

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Tausende

von **Herren** können **Geld** sparen,
wenn sie ihren Bedarf an gut sitzenden Bekleidungs-
stücken im neu eröffneten

Spezial-Haus

eleganter

Herren- u. Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß

Bekleidung für sämtliche Berufe

der Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

decken.

Der große Andrang während unseres Bestehens in unserer Abteilung: **Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß** unter Leitung erster Meister gibt uns Veranlassung, das verehrte Publikum zu bitten, uns Pfingstbestellungen schon jetzt zu machen. Wir haben uns entschlossen, in unserem Etablissement Räume zur Aufbewahrung der uns bestellten Herren-Bekleidung nach Maß einzurichten. Wir richten diese ergebene Bitte nur aus dem Grunde an unsere verehrten Freunde und Gönner, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen aufs sorgfältigste verarbeiten zu lassen. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ steht, was Paßform, Eleganz, Verarbeitung, Qualitäten und Auswahl an Stoffen anbelangt, unerreicht da.

Frühjahrs-Anzüge. * Frühjahrs-Paletots.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf!
Nachdruck verboten!

Am Sonnabend und Sonntag verabfolgen wir beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine hochlegante **bunte Weste gratis!**

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.



Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-
Garderobe.

Berlin SO., Oranienstr. 166.

Zweiggeschäfte:

Berlin W., Potsdam,
Potsdamerstr. 113a. Nauenerstr. 23.

Knaben- u. Jünglings- Garderobe

in
größter Auswahl

zu
billigsten Preisen.



Unser System schützt Sie vor Uebervorteilung,
somit streng reelle Bedienung!

Amerikanische Verkaufshallen



Herren- u. Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Berufskleidung.

Wir verkaufen nach Serien zu streng festen Preisen bei enormer Auswahl und führen als Beispiel an:

Serie 244.	Herrnanzug . . .	18.50	Serie 531.	Herrnbeinkleid . .	2.65
Serie 310.	Herrnpaletot . . .	16.00	Serie 520a.	Herrnbeinkleid . .	4.80
Serie 377.	Gehrockanzug . . .	28.50	Serie 620.	Herrnweste . . .	3.85
Serie 601.	Jünglingsanzug . . .	15.50	Serie 152.	Maßpaletot . . .	21.75
Serie 740.	Knabenanzug . . .	6.00	Serie 110.	Maßanzug . . .	28.50

Anzüge, Paletots und Hosen auch für stärkste Herren stets in großer Wahl vorrätig.

Beachten Sie die in unseren 6 Schaufenstern ausgetragten Serien und Preise. Verlangen Sie bei jedem Einkauf stets Rabatt-Marken vom Sparverein „Norden“.

Irren Sie sich nicht, achten Sie auf No. 53!

Einzigstes Geschäft Deutschlands dieser Art!

Nur Rosenthalerstr. 53 II. Wilmersdorfer-Ecke

Wohin gehen wir Sonntag, und wohin machen wir unsere Land- und Wasser-Partie? Nach **Pichelswerder** zum

alten Freund.

Da ist es gemütlich und schön, und wir sind immer gern geseh'n.
Es ladet ein **Der alte Freund.**
Einige Sonnabende im Juli noch frei.
Größter Tanzsaal in der Umgegend.

Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei **Aug. Tauchert**, Gastwirt, Rägge-
heimerstr. 4. 25819*

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875

Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Master M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.

Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42

Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten

in **Knaben-Garderobe.**

Wäsche.

Leichte Sommer-Jacketts ^{1.00 M. an.} Krawatten.

in Lustre, Alpaca usw. von

30242*

Versandhaus Germania

Unter den Linden 21, II. Fahrstuhl.

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.
Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge

aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.
hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.

Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

Tadellos
Sitz.

Vornehme
Fassons.

30342*

Berlin SO.

Mit Liebe

werden Sie unsere Sachen tragen, denn unsere Fabrikate in Anzügen und Paletots haben einen vorzüglichen Sitz und verlieren auch nach längerem Tragen nicht die Fassung. An solchen Sachen werden Sie stets Ihre Freude haben.

Oranienstr. 40-41.

Frühjahrs- u. Sommer-Anzüge • Frühjahrs-Paletots

Frühjahrs-Anzüge in mittelschwerem, modern kur. oder gestr. Cheviot, sehr solides Fabrikat, mit 1- oder 2reihiger Weste . . . M. 18.-
Jackett-Anzüge aus mittelschw. Cheviot, grau u. braun Kareaux od. leichte, vornehme, karierte Kammgarne in hellen Frühjahrsfarb., Maß ersetzend, M. 26.-
Jackett-Anzüge aus Aachener Kammgarn, halbsehwer u. leicht, entsäckelnde Dess., vornehm. Ausstatt., M. 30 u. 36.-
Jackett-Anzüge aus deutschen oder englischen modernen Stoffen, elegant ausgestattet und verarbeitet, vollständiger Ersatz für Maß, auch einzelne Modelle . . . M. 40, 45, 50 u. 52.-

außer-gewöhnlich extra billigen Preisen.

Eleganter Paletot dunkelgrau, einfarbig kariert oder gestreift, streng modern verarbeitet . . . M. 18.-
Eleganter Paletot aus gemustertem Cheviot oder Coverkost, vornehme elegante Dessins, schick hergestellt . . . M. 25.-
Elegante Paletots aus deutschen oder englischen Nouveautés, von Maßschneidern hergestellt, gediegen ausgestattet, auch einzelne Modelle . . . M. 30, 36, 40, 45 u. 50.-
Gehrock-Anzüge aus feingeripptem oder Strichtuch-Kammgarn mit prima Zutaten, sauber verarbeitet . . . M. 20, 25, 33, 36, 40, 50 u. 60.-

Preis-kurant gratis und franko.

Knaben-Anzüge, Knaben-Paletots, Knaben-Hosen, für jedes Alter, vom billigsten bis zum feinsten Genre vorrätig.



Beinkleider in tausendfacher Auswahl aus modernen haltbaren Stoffen von 3-18 M.

Maßkleidungsstücke fertigen wir auf unser Risiko aus modernen haltbaren Stoffen, vorzüglich sitzend zu sehr billigen Preisen an.

Turmstr. 76.

Lachmann & Scholz

Ottostr. 1.

Warenhaus.

Sonnabend, Sonntag, Montag:

für

Ausnahme-Preise

Putz — Kleiderstoffe — Damen-Konfektion

ferner Extra-Angebote in fast sämtlichen Abteilungen des Hauses.

II. Ziehung 5. Kl. 212. Kgl. Pruss. Lotterie.

Ziehung vom 19. Mai 1905, vormittags. Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

[Ohne Gewähr, Nachdruck verboten.]
132 215 84 370 404 44 615 700 63 64 926 31 1025
219 33 59 [5000] 424 38 601 17 89 [5000] 745 [1000]
46 801 995 2060 [1000] 124 44 521 70 21 027 90 97
501 857 67 81 [5000] 3014 119 96 344 08 547 804 727
46 71 878 991 83 4060 89 423 542 642 69 783 94
[15000] 822 5608 149 220 82 44 370 77 26 438 [1000]
588 90 782 828 919 6046 141 44 [5000] 436 90 94 [500]
562 734 850 7150 307 52 423 900 622 715 [500] 33 44
812 51 8134 235 308 377 85 91 677 940 91 942 309
44 505
10089 194 488 547 817 932 [3000] 55 11185 390
438 723 801 12068 [500] 87 [1000] 131 312 550 717 84
[1000] 823 95 13150 334 600 [3000] 789 800 [500] 922
[3000] 56 60 14250 308 25 403 769 803 80 [500] 901
15048 117 339 707 88 878 16318 [1000] 533 630 730
44 [500] 823 912 47 49 50 83 17037 90 111 217 [1000]
32 343 419 26 87 580 808 18016 39 [500] 402 79 601
94 [1000] 706 71 835 915 44 81 [5000] 19112 [500]
301 427 727 [1000] 848
20060 109 17 [500] 329 455 596 600 803 11 913
21067 [500] 438 949 74 22085 220 538 640 43 [1000]
92 789 921 [1000] 25 23087 [3000] 448 585 728 814
[3000] 16 24076 [5000] 100 249 867 886 920 25043
84 86 421 44 512 24 008 46 705 853 26129 33 522
81 308 437 535 [500] 676 882 97 912 27155 79 [500]
80 247 311 85 88 467 785 822 28085 226 426 [1000]
518 5000 774 [1000] 813 910 47 28903 515 723
30135 82 518 601 85 966 31184 310 34 577 [1000]
712 [1000] 38 45 81 807 32113 36 64 466 514 735 [3000]
33009 120 63 [3000] 80 354 [3000] 62 669 78 83 725
949 [500] 34291 95 321 458 61 83 799 [500] 873
35673 [500] 150 445 738 30688 236 365 823 671 792
824 [500] 37273 226 38 89 82 518 25 67 36172 286
548 462 [3000] 653 [1000] 81 796 824 900 39188 295
[500] 575 987
40641 87 785 [500] 808 940 [500] 41033 292 94
329 595 97 85 711 [500] 41 842 80 [1000] 978 42633
104 81 312 401 13 26 62 64 563 703 37 836 48 43169
[1000] 236 78 390 [500] 511 27 90 734 [3000] 839
44191 218 341 76 572 551 77 45057 95 119 427 30
645 80 89 895 920 46035 190 246 82 630 511 47642
380 386 820 52 80 87 [500] 902 83 [500] 48610 [500]
34 322 55 43 782 833 630 40002 103 51 357 436
43 [3000] 535 82 806 [1000] 906
50025 [1000] 142 222 37 545 57 94 601 [3000] 20
76 83 747 [500] 51118 271 349 [3000] 519 68 687 745
[1000] 38 [1000] 832 933 81 52359 232 [500] 79 469
[1000] 567 77 734 53062 [500] 93 188 372 320 25 [500]
307 73 54144 55 248 57 307 610 54 78 722 55622
120 443 60 705 78 902 90 56305 [500] 91 357 57045
194 588 632 729 805 58007 125 850 [1000] 907 17
30028 535 [1000] 747 875 901 22
60233 363 400 16 43 683 802 82 907 61135 57 95
320 88 73 562 66 93 611 892 62228 [3000] 331 90
347 638 713 630 65117 300 455 [500] 88 [1000]
515 52 780 [1000] 64300 100 63 204 334 473 519 641
52 750 87 504 900 65332 [1000] 404 533 770 841 943
98 [3000] 66288 63 501 57 640 780 851 87 67030
62 123 76 298 374 40 630 89 85 690 747 [1000] 817 40
68094 [500] 759 944 74 95 [500] 66088 [1000] 133 667
70071 740 64 507 648 704 530 57 957 60 71091
[1000] 189 300 38 312 84 883 [5000] 903 72134 86
314 93 411 656 749 73026 29 38 [500] 105 305 [3000]
599 903 [1000] 46 [500] 821 87 74126 562 845 932 56
75620 40 75 251 [500] 421 801 641 784 76018 89 817
401 6 47 524 607 975 77238 324 50 681 823 63 767
78677 572 482 70648 48 52 132 220 325 445 75 559
696 854 926
80033 59 125 43 65 87 202 430 519 20 624 59 907
40 49 61 61086 206 349 627 787 804 39 [500] 86265
47 110 80 588 706 18 94 948 900 83043 51 [500] 53
[3000] 92 197 234 334 688 90 84425 380 [500] 451 61
85 518 80 784 983 85243 797 89102 40 231 487 838
57 91 789 871 933 87157 62 233 341 66 468 [1000] 88
517 21 44 784 918 88039 75 [1000] 94 124 75 336 512
20 88 91 643 773 89087 118 44 478 524 89 609 40
[3000] 833
90657 140 308 601 753 807 19 003 15 91130 [500]
258 475 [5000] 569 609 48 858 92077 177 200 97
367 76 434 730 804 48 73 979 93006 152 72 289 [3000]
96 389 635 94267 311 431 38 530 22 64 628 822 60 925
37 95025 78 136 58 210 38 345 91 428 66 74 81 515 728
60 890 39 85 96272 402 28 98 91 701 815 [5000] 97024
160 [1000] 284 389 97 610 776 847 87 [500] 824 96 88
95068 393 [3000] 433 326 [1000] 36 [500] 625 30 29
69 888 99224 [1000] 374 91 499 [500] 667
100015 270 [500] 373 428 30 64 537 75 690 902 930
101002 229 314 84 362 622 916 [500] 50 102053 [500]
87 91 101 252 [500] 513 877 566 943 44 103179
[1000] 83 237 302 44 421 [3000] 67 [3000] 708 838 929
60 104048 49 109 290 317 433 73 624 [1000] 49 63
787 814 105126 [1000] 412 583 97 [500] 627 45 [500]
830 961 100018 139 215 390 506 612 44 85 107179
640 41 681 108070 158 67 76 397 418 43 65 92 [500]
893 807 24 94 932 109090 110 21 [1000] 206 15 328
[500] 427 545 [3000] 799 883 977
110177 [3000] 305 404 23 884 677 716 801 19 90
111060 108 44 51 98 300 51 500 701 94 802 41 915
112101 [1000] 95 [500] 213 [3000] 63 300 38 582 54
113638 709 79 800 20 114105 [3000] 227 81 346
498 518 710 19 86 99 819 77 82 115034 103 [500] 315
45 369 [1000] 703 853 72 988 116389 540 622 736 912

II. Ziehung 5. Kl. 212. Kgl. Pruss. Lotterie.

Ziehung vom 19. Mai 1905, nachmittags. Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

[Ohne Gewähr, Nachdruck verboten.]
130154 260 72 302 492 512 97 682 817 32 131008
43 640 733 [1000] 132040 [500] 172 70 [3000]
85 215 540 714 133006 214 38 66 446 640 744 821
134217 488 525 70 94 744 62 890 135013 333 [1000]
414 74 638 82 615 26 59 779 858 [3000] 983 136002
126197 225 36 436 669 706 915 127079 [1000] 105
99 469 82 646 76 88 798 800 128039 204 [1000] 96
301 7 75 [500] 78 [1000] 464 598 830 911 16 [500] 94
129283 76 82 330 543 73 [1000] 89 631 28 86 87
829 983
130154 260 72 302 492 512 97 682 817 32 131008
43 640 733 [1000] 132040 [500] 172 70 [3000]
85 215 540 714 133006 214 38 66 446 640 744 821
134217 488 525 70 94 744 62 890 135013 333 [1000]
414 74 638 82 615 26 59 779 858 [3000] 983 136002
126197 225 36 436 669 706 915 127079 [1000] 105
99 469 82 646 76 88 798 800 128039 204 [1000] 96
301 7 75 [500] 78 [1000] 464 598 830 911 16 [500] 94
129283 76 82 330 543 73 [1000] 89 631 28 86 87
829 983
140046 125 [500] 93 341 [3000] 463 60 501 623 74
712 878 988 141191 205 78 370 96 604 722 85 894
142310 16 608 97 780 875 82 143116 373 92 349 448
90 609 85 [500] 86 707 879 144053 57 104 68 233 46
378 751 946 38 87 145030 60 77 128 [500] 200 546
85 668 78 815 [3000] 914 95 146000 184 226 525
912 [500] 830 147000 63 118 [3000] 68 [3000] 315
[1000] 65 664 678 898 908 34 148082 397 581 601
149013 33 50 229 336 400 35 508 710
150001 38 211 88 390 [1000] 467 513 616 725 886
979 [3000] 151117 97 524 90 152006 90 205 311 37
85 527 71 783 [3000] 153021 [3000] 180 340 87 879
[500] 642 64 731 154008 257 883 642 987 155130
299 300 47 424 61 [3000] 67 507 88 92 711 988 82
156030 106 10 236 54 337 486 563 75 88 745 887
157401 78 817 631 812 19 682 158032 60 121 283
93 454 [1000] 515 682 [500] 942 159205 57 394 496
541 50
160038 101 45 60 205 [3000] 326 728 [1000] 49
840 161148 235 309 486 642 93 162275 459 620
700 [500] 80 802 [500] 923 163031 79 87 130 38
832 82 82 94 678 770 828 45 [1000] 83 983 164044
65 179 237 307 62 490 822 614 23 70 840 922 165009
12 175 231 [500] 555 60 77 764 854 [500] 913 166044
[500] 60 [500] 77 188 94 272 385 608 728 830
87 403 84 737 870 168071 104 256 319 81 504 648
704 23 969 169074 171 [500] 98 361 403 517 714
22 57
170137 83 260 325 [500] 536 71 90 627 31 24 61
75 80 748 840 171075 184 235 378 471 557 [1000]
666 996 172317 60 73 410 706 44 839 55 [500] 915
[500] 48 173090 107 40 280 [500] 567 814 [1000]
174120 38 302 436 539 99 689 841 966 175296 90
374 97 552 [500] 66 176028 134 333 95 442 83 87
622 737 831 922 [3000] 86 177495 64 72 774 [1000]
829 921 86 178150 345 80 [3000] 612 83 624 55 65 924
179235 335 75 [500] 408 49 83 588 706 82 [1000]
840 [1000]
180246 90 414 619 822 181100 226 301 90 408
41 [3000] 576 618 94 827 55 182039 64 90 305 416
[3000] 45 62 684 720 854 985 183079 [500] 392 85
630 611 900 14 184013 [1000] 15 19 334 [3000] 83
442 83 712 68 75 185294 [500] 96 [3000] 332 [500]
808 187046 [500] 1090 322 80 422 40 96 518 63
618 [500] 754 813 186155 312 18 38 403 513 513
[500] 180078 549 669 797 923 81
190127 304 431 514 602 32 811 909 191080 150
288 384 466 890 [1000] 665 [500] 87 [500] 192023
42 57 164 301 14 [500] 61 541 [1000] 97 97 961 193096
127 210 133 499 523 688 71 949 77 [500] 85 194219
64 333 84 90 700 [500] 89 889 988 195190 [1000] 335
447 606 12 71 99 736 [500] 71 [500] 895 920 88
[500] 89 [500] 196068 101 [3000] 338 [3000] 93 [500]
422 60 78 [500] 78 85 527 601 [1000] 908 72 88 197073
[500] 284 731 56 363 904 [1000] 198103 73 216 [500]
486 648 800 51 61 [3000] 89 199068 441 89 [1000]
510 15 37 [500] 38 81 98 62 [500] 67
200029 234 308 41 699 890 30 942 [500] 201100
293 481 89 867 768 202102 81 597 699 736 [1000]
94 880 91 203241 537 60 [3000] 713 811 50 903 69
204196 248 363 409 577 727 944 205061 194 526 74
84 738 827 51 30 955 206116 35 324 27 [3000] 494
83 84 545 621 789 819 975 91 207975 [3000] 134
229 44 642 [1000] 734 843 [1000] 60 208009 224 54 343
870 209277 86 [10000] 527 78 009 37 60 881 92
210006 226 561 600 862 940 211168 362 401
[500] 17 85 822 818 26 30 89 939 212048 60 223 84
63 71 531 [3000] 659 21 784 95 821 45 [6000] 99
[1000] 988 213101 64 52 [5000] 324 73 508 35 85 670
85 214026 302 356 [500] 865 215037 53 211 330
52 795 95 812 52 928 32 216049 173 [3000] 90 292
[1000] 370 451 599 419 717 45 963 78 217664 748
965 218327 93 444 884 87 88 922 219156 643 713
[500] 822
220008 198 245 385 [500] 415 503 674 701 922
[500] 221010 28 [500] 252 398 661 630 739 69 837
90 222168 86 166 272 308 415 633 64 223046 126
[3000] 222 64 372 640 70 87 811 902 [3000]
Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie à 300000 M.,
1 Gewinn à 500000, 1 à 150000, 1 à 100000, 1 à 40000,
5 à 30000, 6 à 18000, 24 à 10000, 44 à 5000, 712 à 3000,
1003 à 1000, 1742 à 500.

II. Ziehung 5. Kl. 212. Kgl. Pruss. Lotterie.

Ziehung vom 19. Mai 1905, nachmittags. Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

[Ohne Gewähr, Nachdruck verboten.]
139 204 77 343 [1000] 571 600 62 722 923 1003 129
96 800 93 706 52 828 09 975 2143 375 414 620 45 644
73 98 739 828 85 930 59 3072 132 [1000] 341 [500] 622
479 90 [500] 643 4001 134 80 256 443 90 633 51 622
42 92 700 [500] 970 5184 305 883 912 6392 673 [500]
798 805 [500] 87 933 7118 212 37 525 49 645 732 941
[1000] 9026 50 305 97 492 903 9808 215 63 332 60 576
10058 124 216 36 78 518 30 536 780 84 971 11010
78 283 791 54 [500] 850 64 946 12022 85 231 [1000]
78 337 484 731 97 836 901 67 98 [1000] 13145 [1000]
97 78 310 89 535 96 611 721 [500] 81 14003 93 [500]
96 483 697 [500] 714 325 92 15223 462 589 744 47 77
919 41 80 16145 232 400 [1000] 95 099 729 [500] 83 967
17077 227 29 403 14 521 18126 242 311 75 671 [500]
722 88 842 78 19077 354 422 92 774 76 99 902
20125 562 632 [500] 75 862 21147 362 29 67 78
83 454 [3000] 573 700 811 22054 111 39 85 461 560
618 766 821 [500] 73 23077 [1000] 251 [500] 342 [500]
524 628 776 939 24016 41 50 390 515 82 [1000] 794 84
942 25073 [1000] 308 300 20800 199 423 597 746 86
945 27348 489 642 724 804 969 28087 293 [500] 320
70 488 [3000] 558 63 29140 67 237 322 68 449 67 589
661 803 900
30084 176 321 [1000] 46 535 83 [500] 621 773 842
57 31104 213 61 372 433 623 99 [500] 959 32209 77
190 227 41 429 51 55 59 [

Aus Industrie und Handel.

Befriedigungsgelder. Seit einiger Zeit sind Bestrebungen hervorgetreten, die den Erlass besonderer strafgesetzlicher Bestimmungen gegen die Befriedigung der Angehörigen kaufmännischer und industrieller Betriebe durch Lieferanten zum Ziele haben.

Die Gestaltung des deutsch-russischen Handelsverkehrs im ersten Vierteljahr 1905. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Rußland zeigte im ersten Vierteljahr 1905 eine beträchtliche

Steigerung, daß von einer schädigenden Einwirkung des russisch-japanischen Krieges auf den Handelsverkehr zwischen Deutschland auf den ersten Blick nichts zu bemerken ist.

Die deutsche Einfuhr aus Rußland betrug im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres 14,25 Millionen Doppelzentner gegen 13,14 im Vorjahre. Die Zunahme resultiert vor allem aus dem stärkeren Bezug von Getreide sowie von Holz und Schmirgeln.

Table with 3 columns: Commodity (Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffel), 1904, 1905.

Abgenommen hat die Einfuhr von Vieh, von Petroleum, von Erzen und von Wolle. Trotz der Steigerung des Warenverkehrs sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr ergibt sich doch im ganzen bei näherer Betrachtung eine unbefriedigende Bilanz des deutsch-russischen Handelsverkehrs im laufenden Jahre.

Welthandel. Das englische Handelsamt hat die Statistik des Welthandels für das Jahr 1904 herausgegeben. An der Spitze steht der englische Handel mit 871 859 000 Pfd. Sterl.

Der Saatenstand Oesterreichs hat sich seit dem letzten Bericht wesentlich günstiger gestaltet. Durch die warme Witterung im Anfang des Monats Mai ist der Rückstand in der Entwicklung der Saaten zumeist wettgemacht worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 20. Mai: Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus, Margarete. Schauspielhaus, Die von Bechlingen mit der eisernen Hand.

Deutsches. Die Kreuzschreiber. Zeffing, Der Silberpelz. Neues. Ledige Leute. Thalia. Die Bäder von Lucca.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Unsere süßen Dienstmädchen. Die besten von Weipfel.

Neues Theater.

Künstler. Ein Stück aus der Wiener Bohème in drei Akten von Josef Volkminger.

Kleines Theater

Salome. Sonntag: Salome. Montag: Nachtasy.

National-Theater

Zar und Zimmermann. Anfang 8 Uhr. Morgen abend 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Neue Königl. Oper (Kroll).

Jung-Heidelberg. Anf. 7 1/2 Uhr. Billettverk.: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Wertheim.

WOLZOGEN-OPER

THALIA-THEATER. REKLAME. Musik-Lustspiel v. M. Jakobi. Hierauf: DIE BÄDER VON LUCCA.

Urania, Taubenstr. 40/41

Der Simplon und sein Gebiet. Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 105. Mlle. Vallée aus Paris, armlose Fußkünstlerin! Sig. Garcia, phänomenaler Schatten-Silhouettist!

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison! Zum 195. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Herzogin Crevette.

Lustspielhaus.

Der Familientag. Morgen: Der Familientag. Carl Weiß-Theater.

Carl Weiß-Theater.

Der Pfarrer von Kirchfeld. Morgen nachm. 3 Uhr, Barfett 60 Pf. D' Goldhex. Abends 8 Uhr: S' Lenor von Oberammergau.

Schweizer-Garten.

Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellungen. Heute und folgende Tage: Ihr zweiter Mann.

POMPEJI

KURFÜRSTENDAMM. Passage-Theater. Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.

Passage-Theater.

Das großartige neue Mai-Programm. 20 erstklassige Nummern. Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

Streich-Konzert.

Ricardo Muncz. Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.

Schiller-Theater

Sonnabend, abends 8 Uhr: Der artesische Brunnen. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Kabale und Liebe.

Max Kliems Sommer-Theater

Eröffnungs-Gala-Vorstellung. Garten-Konzert, Theater u. Spezialitäten. Auf der großen Sommerbühne: „Geniehet das Leben“.

Reederei Nohling.

Morgen Sonntag: Extrafahrten mit Musik nach Zwiebusch, Berliner Schweiz. Dort: Konzert und Tanz.

Apollo-Theater.

Am Hochzeitsabend. Heute und folgende Tage: Ihr zweiter Mann.

Osten

Zirkus Henry.

Heute Sonnabend, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Benefiz-Vorstellung für die beliebte Heilfängerin Mlle. Henriette.

Trianon-Theater.

Moulin rouge. Langhoptpaar! von 80 Personen.

Moulin rouge.

Abnormitäten-Ausstellung. Münst. 16. Kurzes Gastspiel des berühmten tauchenden Taubstummen

Abnormitäten-Ausstellung

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefern elegante fertige Herren-Moden.

Eine Mark

Herren-Garderoben. Ersta für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Kasino-Theater

W. Noacks Theater. Der Wilberer. Schauspiel in 5 Akten von Gerstäder.

Herrnfeld-Theater.

15 Winter-Tymians 15. Guorner Erfolg. Kiesenbelfall. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Nollendorf-Platz

Zirkus

Maximilian Brose.

Gala-Abend. Heute Sonnabend, den 20. Mai, abends 8 Uhr: Benefiz-Vorstellung für die beliebte Heilfängerin Mlle. Henriette.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.

Unsere süßen Dienstmädchen. Die besten von Weipfel.

Sienfong-Essen

Wiederer-

kauser

Verkauft 1 Dbd. 2,50 Mk. bei 30 Flaschen 8 Mk. kostenfrei überalshin. Halle a. S., Laborator, E. Walther, 10, Reifstr. 2

Eine Mark

wöchentl. Teilzahlung

Herren-Moden.

Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung

Herren-Garderoben.

Ersta für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. Julius Fabian, Schneidemeister, Große Frankfurter-Str. 37, II, Eingang Strausberger Platz.

August Plath.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
 Klein-Derkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Blot- u. Falshen. Große Hüften amloft. Die Hose bei Entnahme von 4 Mt. 50
 6 Stück 28 Mt.
 Echtblaue Monteur-Jacke 1 Mt. 90
 Echtblaue Monteur-Jacke 1 Mt. 50
 Echtblaue Monteur-Jacke
 Prima Röper-Gewebe . . . 2 Mt. 50
 Echtblaue Monteur-Jacke
 Prima Röper-Gewebe . . . 2 Mt. 10
 Manchester-Hose 2, - 5,50, 4,50, 3 Mt. 50
 Gefütterter Manchester-Jacke 13, - 8,75
 Weiße Felleur-Jacke 3,50, 2 Mt. 75
 Ständitor-Jacke, reichlig . . . 4 Mt. 50
 Wasser-Kittel . . . 3, - 2,50, 2 Mt. 25
 Mechaniker-Kittel (Braun) 3, - 2 Mt. 40
 Weiße Leder-Jacke, reichlig 7,50, 3 Mt. 75
 Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 Mt. 90
 Reflexierender Anzüge, blau, nach Vorschrift . . . 5 Mt. 50
 Die Preise gelten für normale Größen
Baer Sohn
 En gros. Export. En detail.
 Chausseest. 21a/25, Brünnstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Das 25. Haupt-Preisbuch 1906 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
 Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittweite, bei Jacken und Kitteln die Brustweite anzugeben. 35902*
 - Versand von 20 Mt. an franco. -

Jeder Leser des „Vorwärts“
 beachte beim Einkauf
 die Vorzüge
 in meinem
grössten Spezial-Haus
 für
Herren- und Knaben-Bekleidung
 fertig und nach Maß.
 Dieselben sind:
Die anerkannt billigsten Preise!
 Die unerreicht große Auswahl!
 Die Selbstfabrikation in meiner Schneiderwerkstatt im größten Stile!
 Ferner führe ich gleichfalls in bester Qualität und sehr preiswert:
sämtliche Herren-Artikel.
Adolph Wormann
77 Kottbuser Damm 77
 Ecke Pflügerstraße. Parterre u. I. Etage. Ecke Pflügerstraße.
 Mein Geschäftsprinzip war und wird stets sein:
Streng feste Preise!
Streng reelle Bedienung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Rixdorf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
August Dohrmann
 am Mittwoch früh verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3^{1/2} Uhr von der Leichenhalle des Neuen Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
 Die Kollegen versammeln sich um 2^{1/2} Uhr im Beerdigungsort Rosenstr. 24 (Preis).
 Um rege Beteiligung ersucht
 85/17 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Osten. Stadtbez. 1894.
Todes-Anzeige.
 Am 18. d. M. verschied unser langjähriges Mitglied, der Kochknecht
Ernst Zschoche.
 Er war einer unserer unermüdlichsten Kämpfer und durch seine hohe Bereitwilligkeit für unsere Sache ein Vorbild aller.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Aufseherungs-Gemeinde am Weihenferweg aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 243/13 Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
 (Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
 Am 18. d. M. verstarb plötzlich infolge Gehirnschlages unser Mitglied
Heinrich Straeck
 (Friedrichstr. 122)
 im 57. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Johannes Evangelist Friedhofes, Barfußstraße, aus statt.
 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am Donnerstag verstarb unser Mitglied, der Möbelpolierer
Wilhelm Gutschmidt
 Sönnemündenerstr. 79.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr von der Halle des alten Pauls-Kirchhofes in der Seestraße aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 247/18 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Emil Rothert
 am 17. d. M. gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Rixdort - Kirchhofes in der Scharnweberstraße, Reinickendorf, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 117/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am Donnerstag verstarb unser Mitglied, der Maurer
Hermann Engel
 Schwedterstr. 242.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr von der Halle des Honskirchhofes in Nieder-Schönhaufen (Nordend) aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 247/17 Der Vorstand.

Restaurant Leuchtturm, Tegelerort.
 Direkt an der Havel und am Tegeler See gelegen. 30502*
Großer herrlicher Garten v. Wald und Wasser umgeben.
 Schutzhallen. - Tanzsaal. - Kegelbahnen. - Spielplätze. - Ausspannung. Kaffeeküche. - Dampfverbindungen nach allen Richtungen.
 Für Vereine, Fabriken etc. zu Partien sehr geeignet.
 Die herrliche Uferpromenade ist nur vom Leuchtturm aus erreichbar. Von Tegeler mit den Holzischen Dampfsern 15 Pf., Retourbillets 25 Pf.
 H. Woltrauch, Telefon: Amt Tegeler, Nr. 121

Ernst Höflich's
 und
Garten-Restaurant Gesellschafts-Saal.
 „Im Krug zum grünen Kranze“
 Mittelpunkt der Erde. Ober-Schöneweide Waldstraße 73/74.
 Herrlich am Wald und Wasser gelegen, den geehrten Vereinen und Gesellschaften bei Partien und Ausflügen bestens empfohlen. 31420*
 Station Sadowa und Nieder-Schöneweide. X Drei verdachte Kegelbahnen. X Ausspannung. X Kaffeeküche. Ernst Höflich.

S. Piket
 jetzt nur: **44 Prinzenstraße 44**
 Laden u. I. Etage 30592*
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Monats-Garderobe
 sowie neuer Garderobe zu bekannt billigen Preisen.
 Sommer-Paletots . . . von M. 7,00 an.
 Anzüge von M. 8,00 an. Hosen von M. 2,00 an.
 Bitte genau auf No. 44, Laden, zu achten!

Gardinen und Stores
 weiß, crème u. ockerfarben abgep. Fenster = 2 Shawls.
 Echt engl. u. Brüssel-250
 Tüll m. Band eingef. 12 bis 2 M.
 Prima Spachtel-Tüll 950
 m. Batist-Auflage 18 bis 5 M.
 Echt Erbstüll, reich m. 875
 Bänderchen, Handarb. 25 bis 6 M.
 Relief-Tüll-Stores, neue 2 M.
 Sezeus-Muster 5 bis 2 M.
 Echte Spachtel-Stores, 525
 Applik. m. Spinnen 12 bis 5 M.
 Point lace-, Stella- und
 Lacet-Stores a. Erbstüll,
 Neuheit 18 bis 6 M.
 Vorjährige Muster und Restbestände fast für die Hälfte des Preises.

Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloß,
 vis-à-vis dem Nationaldenkmal.
 Telephone Amt I, 8311.
 Reiche Auswahl in farbigen Rouleaux, Bonnettes u. Brise-Bise, Madras-Stores, Bettdecken, Zierdecken und Läufer.

Beste deutsche Cigarette!

RAUCHT PROBLEM
 2.3.4.5.8
Überall zu haben.

Nur neueste Moden.
 Dieser feste, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.
 Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
 Abteilung für den Einzelverkauf
Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,
 drittes Haus vom Alexanderplatz.
 Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
 Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.-, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.-, beste Qualität 4.50.
Stroh Hüte in großer Auswahl.
 Sonntags geöffnet. 30582*

W. Zapel
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
 Größtes Spezial-Geschäft
 für Seiden- und Filz-Hüte.
 Lager in Schirmen und Mützen. 31942*

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kochknecht
Max Rücker
 am 17. d. M. gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Hons-Kirchhofes aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am Mittwoch verstarb unser Mitglied, der Kochknecht
Max Rücker
 (Honsstr. 52).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen, Sonntag, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Hons-Kirchhofes in Nieder-Schönhaufen (Nordend) aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 247/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung des Gastwirts
Hugo Richel findet nicht, wie angegeben, vom Kranenhaus Gannertstraße 42, sondern von der Leichenhalle des neuen Rixdort Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 32382

Filz- u. Seidenhüte.

 Diese Façon 1.80 M.
 Spezialhut 3.50 M.
 Beste Qualität 4.00 M.
 Haarbügel von 5.00 M. an.
 Strohhüte von 35 Pf. an.
 Regenschirme, Sonnenhüte, größte Auswahl von 1.50 M. an.
 Plastron v. 90 Pf. an
 Schleifen v. 15 Pf. an

Am Mittwoch früh verschied nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater
August Dohrmann
 nach vollendetem 44. Lebensjahre.
 Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, 21. Mai, nachm. 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rixdort Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus.
 Statt jeder besonderen Meldung zeigen dies tiefbetrubt an
Wwe. Pauline Dohrmann
 geb. Galdig
 nebst Kindern.
 32352

Schirme
 Regenschirme, Sonnenhüte, größte Auswahl von 1.50 M. an.
Krawatten
 Plastron v. 90 Pf. an
 Schleifen v. 15 Pf. an
Wäsche
 Oberhemden, Kragen, Manschetten, Servietten in bester Qualität
Handschuhe, farbige Glacés, Paar 1.50 M. 11
Gottmann,
 Gr. Frankfurterstr. 130.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser bewährter Genosse
August Dohrmann
 (14. Bezirk)
 verstorben ist.
 Wir werden ihm Huld ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdort Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Die Parteigenossen versammeln sich um 2^{1/2} Uhr im Rest. Thiel, Bergstraße 151/152.
 Um rege Beteiligung ersucht
 232/13 Der Vorstand.

Greift zu!!! beim Besten
 Monats-Anzüge u. Paletots v. 6,50 M. an
 Abonnements-Anz. u. Palet. 9,50 . . .
 Partie-Anz. u. Paletots, teils mit unmerklichen Füllern 10,50 . . .
 Kammer-Hos. u. Jacketts 3, - . . .
 Getragene Kleidungsstücke von Rabalieren, Kleinhändlern, aus den schlechtesten Bekleidungs-Berufen, teils von Selbstverleumdern, selbst 6,00 . . . 5/17
 Bitte Zentral-Keller, Berlin, an der Neanderstr. 35, gegenüber der 3. Minut. v. Stadtbahn Dammwegbrücke.
M. Schulmeister
 Schneidermeister
 Am Kottbuser Tor, Dresdenerstr. 4. Ecke Adalbertstr. 26832*
 Streng feste Preise.

Sommer-Paletots	von 18 M. an.	Paletots nach Maß	von 35 M. an.
Sommer-Joppen	von 6 " "	Anzüge nach Maß	von 38 " "
Jackett-Anzüge	von 17 ⁵⁰ " "	Hosen nach Maß	von 10 " "
Rock- u. Gehrockanzüge	von 25 " "	Knaben-Anzüge	in größter Auswahl.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Wahl von 33 Delegierten zum Verbandstag in Leipzig.

Geprüft wird in folgenden Lokalen:

1. Raabes Salon, Kolbergerstr. 23. Wahlleiter **Meuz.**
2. Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58. Wahlleiter **Wegener.**
3. Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23. Wahlleiter **Denk.**
4. Boekers Festsäle, Weberstr. 17. Wahlleiter **Buse.**
5. Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27. Wahlleiter: **Gunther, Eiesack.**
6. Rixdorf, Thiel, Bergstr. 152. Wahlleiter **Schneller.**
7. Kunke, Bülowstr. 59. Wahlleiter **Ficius.**
8. Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/48. Wahlleiter **Karlmann.**
9. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3. Wahlleiter **Wuschick.**
10. Steglitz, Schellhase, Hornstr. 15a. Wahlleiter **Loos.**
11. Spandau, Böhle, Neumeisterstr. 5. Wahlleiter **Wücke.**
12. Oberschöneweide, Kaufhold, Wilhelminenhoffstr. 18. Wahl. **Ballach.**
13. Rummelsburg, Tempel, Alt-Borghagen 56. Wahlleiter **Brühl.**
14. Köpenick, Kelling, Schönerlinderstr. 5. Wahlleiter **Gühne.**
15. Reinickendorf, Muster, Berlinerstr. 29. Wahlleiter **Püschel.**
16. Weißensee, Schmutz, König-Chauffee 38. Wahlleiter **Frahm.**

Zentral-Wahlbureau ist Engel-Ufer 15. Obmann des Gesamtwahlkomitees ist der Kollege **Hermann**

Henning. Die Stimmzettel werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt. 117/13

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Die **Wahlzeit** ist von **vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr.**

Montag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saal von Louis Keller, Köpenickerstr. 29:

Allgemeine Versammlung

der

Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Wie soll unser Tarif aussehen? Referent **Karl Wiesenthal.** 2. Diskussion.

Da in dieser Versammlung allen Kollegen Gelegenheit gegeben wird, ihre Wünsche in Bezug des neuen Tariffs auszusprechen, so erwartet einen zahlreichen Besuch.

Zur besonderen Beachtung! Zur leichteren und einfacheren Erledigung unserer Bureau-geschäfte ersuchen wir unsere Mitglieder, jeden Wohnungswechsel unverzüglich unter Angabe der Orts- oder Hauptnummer schriftlich durch Postkarte dem Bureau mitzuteilen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Ersatzbücher für verlorene nur nach genauer Angabe der Orts- oder Hauptnummer, als auch wann und wo der Verluste seinen letzten Beitrag gezahlt hat, im Bureau gegen Zahlung von 20 Pf. ausgestellt werden können. Schriftliche Gesuche ohne Einsendung obiger Angaben und des Betrages werden nicht berücksichtigt. Die Ortsverwaltung.

Arbeitsgenossen! Bauhandwerker!

Die **Stukkateure** stehen im Streik um Anerkennung eines Tarifs, welcher das Ergebnis der Verhandlungen in der Schlichtungskommission ist. — Der vom Gewerbegericht bekanntgegebene Tarif ist **nicht** das Ergebnis der Verhandlungen und auch in keiner Weise, weder von der einen noch der anderen Partei, **unterschriftlich** anerkannt.

Wir ersuchen Euch deshalb, in zweckmäßiger Weise die unter neuen Bedingungen Arbeitenden (zirka 600 bei 78 Firmen) nach einer gestempelten **grünen** Arbeitsberechtigungskarte zu fragen, um uns in unserem Kampfe entsprechend zu unterstützen. Mit brüderlichem Grusse

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands
(Filiale Berlin).

Reste
Damentuche, schwarz u. farb. Costumes-Stoffe, neueste Kammgarne (Muster) Staubmäntel-Stoffe Corkscrew Sammet, Plüsch Besatzartikel. 2265L*

Confection
Jaquotts, Dellmann Staubmäntel, Costumes Costum-Röcke, Blousen. Kottbuser C. Pelz, Straße 4.

Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brau.)

Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Ruckerstr. 5, I.

Sonntag, den 21. Mai cr., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Verens-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Schütte: Die Attentate in der preussischen Geschichte. 2. Kassenbericht vom 1. Quartal 1905. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 41/10

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer.

Montag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Märkischer Hof, Admiralstr. 18c:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen W. Nitschke über: „Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 85/13
Den Kollegen zur Nachricht, daß die noch fehlenden Mitgliedsbücher im Bureau, Engel-Ufer 15, abzuholen sind. Der Obmann.

Seiden-Hut-Fabrik v. Carl Renz

I. Geschäft: Berlin SO.,

Oranienstr. 3.

II. Geschäft: Charlottenburg,

Kantstr. 134 a.

Welche **Müte** v. 1,75 Mk. an

Stiefe **Müte** „ 2,00 „ „

Großes Lager

in Mützen, Schirmen.

Großes Strohhutlager. • Reelle Bedienung.



CONRAD TACK & CO

Deutschlands bedeutendste SCHUHWAREN FABRIKEN BURG b. Magdeburg

Dauerhafte Fabrikate — auffallend billige Preise

entsprechen dem Renommee unserer Weltfirma!

Sehr beliebte Preislagen:

Herren Zugstiefel, kräftiges Wchlsleder M. 5.50 4.50 M.	Herren Schnallenstiefel, dauerhaft und bequem . . . 5.90 M.	Herren Schnürstiefel, vorzügliche Qualität 5.70 M.
Herren Schnürschuhe, starkes Segeltuch, grau, braun und schwarz 3.90 M.	Damen Knopf- und Schnürstiefel, enorm preiswert 5.00 M.	Damen Knopf- und Schnürstiefel, fein Boxhorse oder Chromleder . . . 6.75 M.
Damen Spangenschuhe, Prima Roßleder M. 3.90 3.20 M.	Damen Hausschuhe, Lasting, bequeme Façons M. 2.50, 1.80 und 1.20 M.	
Mädchen-Knopf- und Schnürstiefel, wirklich dauerhafte „Schulstiefel“ M. 4.80 bis 3.20 M.	Mädchen Knopf- und Schnürstiefel, echt Ziegenleder, rot und braun, sehr bewährt und äußerst haltbar M. 6.30 bis 3.90 M.	

Radfahrer-Schuhe und Sandalen, Turnschuhe, Opanken etc. etc.



Verkaufshäuser in BERLIN und Umgegend:

- C., Rosenthalerstraße 14.
- C., Spittelmarkt 15.
- W., Potsdamerstraße 50.
- W., Schillstraße 16.
- S., Oranienstraße 65.
- SW., Friedrichstr. 240-241.
- NW., Beusselstraße 29.
- NW., Thurmstraße 41.
- NW., Wilnackerstraße 22.
- O., Andreasstraße 50.
- O., Gr. Frankfurterstraße 139.
- N., Danzigerstraße 1.
- N., Müllerstraße 3.
- N., Reinickendorferstraße 14.

Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 122-123.

Rixdorf: Bergstraße 30-31.

Potsdam: Brandenburgerstraße 54.

1500 Arbeiter und Beamte.

80 eigene Geschäfte.

Jährliche Fertigstellung weit über **1 Million** Paar.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Den Parteigenossen und Genossen zur Mitteilung, daß am Sonntag, den 21. d. M., mittags 12 Uhr, in der Berliner Buchdruckerei eine Matinee zugunsten unseres vom Schläge gefährdeten alten Parteigenossen, des Zimmerers Eduard Hohmann veranstaltet wird. Die Ausführung des Programms haben der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“ (Dirigent: S. Weis) und das Neue Berliner Tonkünstler-Orchester (Dirigent: Goldschmidt) übernommen. In Anbetracht des guten Zweckes und da auch ein gutes Programm geboten wird, ist ein recht reger Besuch erwünscht. Eintritt 20 Pf.

Berliner Nachrichten.

Landbotensied.

(Bei Beratung der Vergesehe zu singen.)

Dem deutschen Volk zu Fluch und Spott (Der Teufel hat) es arg verpeht! Hat einst uns in die Welt gesetzt In seinem Zorn der liebe Gott.

Wo sich ein Frühlingshoffen regt Im Volk, da wird's von uns zerstört — Wenn sich das Vieh der Lasten wehrt Wird die Kandare angelegt!

Und lenkt ein wunderbar Verfeh'n Auf uns des Grubenknechts Vertrau'n — Der Kerl wird über's Ohr gehau'n, Daß ihm die Augen übergeh'n!

Von uns, dem Geldfackelparlament Arbeiterrecht, Arbeiterschutz? — Für uns das Recht, für euch nur Trutz Und Prügel, daß es hinten brennt!

Wenn dies Programm euch nicht behagt — Kenni's unferntwegen unterschämt! — Den Vorzug hat's, daß unverbürmt Und klar es seine Meinung sagt.

Und wenn erfüllt ist die Zeit Und uns der Sturm von hinten weht, Es ist dann unbedient nicht, geht Zum Teufel uns're Herrlichkeit!

Der Fußgänger-Tunnel.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Magistrat, wie schon kurz mitgeteilt, erlucht, bei der Herstellung der Untergrundbahnstrecke Potsdamer Platz—Spittelmarkt zur Beseitigung der Verkehrsschwierigkeiten auf dem Potsdamer Platz auf die Beseitigung dieser Schwierigkeiten durch Anlage eines Fußgänger-Tunnels neben der Untergrundbahn Bedacht zu nehmen. Der Tunnel würde danach in der Hauptsache, wenn das Publikum eine solche Verkehrsgelegenheit benutzt, nur für die Personen in Betracht kommen, die vom Bahnhof aus nach dem Leipziger Platz gehen oder umgekehrt. Die Bedenken, die gegen eine solche Anlage geltend gemacht werden, begründen sich auf die Erfahrungen, die man überall mit solchen Vorhaben gemacht hat. Das Publikum meidet solche Tunnel und Ueberführungen mit großer Konsequenz. Die Schwierigkeiten des Verkehrs liegen auch weniger im Fußgänger- als im Wagenverkehr, der durch die beiden Vorgänge auf einen verhältnismäßig schmalen Raum zusammengedrängt wird. Wenn diese beiden alten Gebäude entfernt würden, der Wagenverkehr in der Mitte des Leipziger Platzes verboten und um den Platz herum geleitet würde, wenn ferner allen Leeren Droschken, wie es bereits vorgeschrieben ist, das sogenannte „Greifen“ und Befahren der beiden Plätze auf das strengste untersagt würde, dann wäre schon viel gebessert. Um aber radikal Abhilfe zu schaffen, müßte die Vohstraße nach der Bellevuestraße und weiter bis zur Margareten- bzw. Viktoriastraße verlängert und zur Entlastung der Leipziger- und Potsdamerstraße eine neue, direkte Verbindung zwischen der Viktoriabrücke durch die Vohstraße, die schon jetzt den Charakter einer Geschäftsstraße angenommen hat und immer mehr annehmen wird, mit der Mohrenstraße, dem Hausboigtelplatz und Spittelmarkt geschaffen werden.

Zur Organisation des Kaufmannsgerichts beschloß der Magistrat heute, vorläufig zwei Kammern zu bilden, zugleich werde die Verteilung der Richter auf diese Kammern, deren Geschäftskreis nach dem Namen der Beklagten abgegrenzt wird, vorgenommen. Diese Verteilung ist in der Weise geschehen, daß die geraden Nummern der einzelnen Listen der einen, die ungeraden der anderen Kammer zugewiesen wurden, und daß die einzelnen Gruppen, welche diese Listen eingereicht hatten, gleichmäßig auf beide Kammern verteilt sind. Zu Vorsitzenden dieser beiden Kammern sind Magistratsrat Tschow und Magistrats-Rat Dr. Liebrecht gewählt worden. Das Generalsekretariat und die Kasse des Kaufmannsgerichts werden mit den gleichen Einrichtungen des Gewerbegerichts verbunden und unterliegen der Leitung des Magistratsrats v. Schulz, der zu diesem Zweck ebenfalls zum Kaufmannsrichter — ohne Kammervorsitz — ernannt worden ist. Das Kaufmannsgericht soll bekanntlich am 1. Juni d. J. seine Tätigkeit beginnen.

Die häufigen Benzinexplosionen haben zum Erlass einer Polizeiverordnung geführt, welche für alle Reinigungsanstalten, in denen Benzin oder ähnliche, leicht entzündliche Stoffe verwendet und ebenso für alle Betriebe, in denen jene Reinigungsmittel wieder rektifiziert werden, verschärfte Sicherheitsvorschriften enthält. Sie unterscheidet zwischen Betrieben, die weniger oder mehr als 10 Kilogramm Benzin z. B. im Vorrat und Betrieb haben, und verlangt, daß über diese Mengen genau Buch geführt werde. Vor der Verwendung muß dem Benzin ein elektrische Erregungen verhörmittelt — Anti-Electricum — beigemischt werden. Die weiteren Vorschriften beziehen sich auf die Lager- und Betriebsräume, deren Feuerlosigkeit, Beleuchtung und Heizung, die Trockenräume, den Transport des Benzins, die Vorhaltung von Verbandszeug, Mittel gegen Brandwunden, Sand zc. Bei größeren Anstalten muß die Betriebsstätte von den Nachbargrenzen mindestens 6 Meter entfernt bleiben oder durch Brandmauern getrennt sein, Wände, Decken und Fußböden sind in feuerfesterem Material auszuführen zc. Für Neubaulagen, die sich nur zu ebener Erde oder im obersten Stockwerk befinden dürfen, tritt die Polizeiverordnung sofort, für bestehende Anlagen erst am 1. April kommenden Jahres in Kraft.

Die Strafsache gegen den Schuhmachermeister v. Duffe, der beschuldigt ist, die am 30. August v. J. in einem Sandkeller des Hauses Franzstraße 39 als Leiche vorgefundene elfjährige Margarete Koschorck aus Neu-Weißensee geschändet und ermordet zu haben, ist nun so weit gediehen, daß dem Beschuldigten die Anklage zugestellt worden ist. Diese lautet auf Sittlichkeitsverbrechen und Totschlag. Der Angeklagte befindet sich seit Anfang September v. J. in Untersuchungshaft. Auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, haben umfangreiche Untersuchungen des Geisteszustandes des Angeklagten, insbesondere auch nach der Richtung der erblichen Belastung hin stattgefunden und diese haben zu der Ueberzeugung der Jurie geführt, daß Duffe, wenn auch nicht der § 51

des Strafgesetzbuches auf ihn anwendbar ist, doch immerhin als minderwertig schwächlicher Mensch zu gelten hat, der die schändliche Tat ohne Ueberlegung ausgeführt hat. Aus diesem Grunde lautet die Anklage statt auf Totschlag. Die Hauptverhandlung wird in der Juni-Tagung des Schwurgerichts stattfinden. Von der Anklagebehörde sind zehn Zeugen und fünf Sachverständige geladen, Rechtsanwalt Dr. Werthauer wird mehrere Entlastungszeugen laden.

Neue Fernsprechkostenbestimmungen. Mit dem soeben erschienenen neuen Verzeichnis der Fernsprechkosten sind auch neue Bestimmungen für die Benutzung der Fernsprechanstalten herausgegeben worden. Die Neuausgabe der Bestimmungen ist notwendig geworden durch verschiedene im Laufe der Zeit erlassene Verfügungen, deren wichtigste die Aenderung der Abrechnungsschritte bildet. Aus der früheren Abrechnungsschritt von einem Kalender-Vierteljahr haben sich Unzuträglichkeiten ergeben und ist deswegen die Abrechnungsschritt dahin abgeändert, daß sie erst am dritten Verfalltag des Vierteljahres, in welchem der Vertrag aufgehoben werden soll, abläuft. Ferner sind wesentliche Aenderungen in den Preisen für Anlegung neuer Anschlüsse bei Entfernungen von über fünf Kilometer Luftlinie sowie bei Verlegungen bestehender Anschlüsse usw. entstanden, welche in den neuen Bestimmungen Aufnahme finden mußten. Die Notwendigkeit der Herstellung von Doppelleitungen in Ortschaften mit Straßenbahnverkehr hat eine Preiserhöhung von etwa einem Drittel der bisherigen Sätze zur Folge. So ist die jährliche Zuschlagsgebühr für Doppelleitungen bei Anschlußentfernung von über 5 Kilometer von 3 auf 5 M., bei Verlegung der Leitung innerhalb desselben Raumes von 4 auf 6 M., desselben Grundstücks von 6 auf 10 M., bei Verlegung nach anderen Grundstücken von 15 auf 25 M. erhöht.

Das neue Teilnehmerverzeichnis für den Bauabschnitt I 1905 ist wiederum erheblich umfangreicher als das letzte Verzeichnis und nähert sich bereits der tausendsten Seite. Die Abteilung der Berliner Anschlüsse, die in dem vorjährigen Verzeichnis 872 Seiten umfaßte, beträgt jetzt 932. Das Anschlußverzeichnis der Vororte hat ebenfalls um anderthalb Seiten zugenommen. Das Gesamtwerk, welches im Oktober vorigen Jahres 911 Seiten enthielt, zählt diesmal 972 Seiten und wird bei der Ausgabe im Oktober dieses Jahres zweifelslos in einem Umfange von mehr als 1000 Seiten erscheinen.

Auch in der Abstinenzfrage läßt sich bei einigen guten Willen ein Stück Hohenzollernberherrlichkeit platzieren. Das zeigte sich vorgersten Abend in einer im Paradenauditorium der Universität abgehaltenen Akademiker-Verammlung, in der Landrichter Dr. jur. Hermann Pogert aus Hamburg über die Frage sprach: „Was haben wir deutschen Abstinenten den Akademikern zu sagen?“ Herr Pogert wies in üblicher Weise auf die Statistik hin, zeigte u. a. wie im Zeitraum 1892—1903 auf die Schnapsstadt Bromberg 317, auf die Vierstadt München 488 und auf die Weinstadt Pirmasens 804 Fälle kamen, in denen nachweislich der Alkohol bei Verübung von Verbrechen eine Rolle spielte. Nach dieser Ausstellung richtet also entgegen dem Volksglauben der Schnaps am wenigsten, der Wein am meisten Unheil an. Selbsterklärend sind diese Zahlen, wie alle zu derart bestimmten Zwecken gemachten Aufstellungen mit entsprechender Vorsicht zu genießen. Es sprachen dann noch unter anderem ein Redakteur der „Germania“ und ferner Pastor v. Vodelschwingh. Dieser wunderliche Herr brachte es fertig, auf den jungen preussischen Kronprinzen als Vorbild der Abstinenzler hinzuweisen. In diesem möge man sich ein Beispiel nehmen. Warum? Es geht die Anekdote, daß der Kronprinz in seiner Sommer-Studentenzeit beim Zutrinken geantwortet habe: „Kronprinz steigt nicht in die Kanne!“ Ein Regierungsbauführer stärkte den abstinente Geist der Versammlung dann noch durch die Mitteilung, daß auch der Minister Graf Posadowsky ein Abstinenzler sei.

Es gibt bekanntlich auch eine Organisation abstinenten Arbeiter, die mit Eifer gegen den Alkohol Propaganda macht. Wir hatten mehrfach Gelegenheit, deren Versammlungen beizuwohnen, haben aber noch nie gehört, daß man sich dort an dem alkoholfreien Vorbild hochstehender oder berühmter Personen ausrichtete. Dort hieß es, wie überhaupt in der Arbeiterbewegung: „Selbst ist der Mann!“ Im Bürgertum geht es aber nun einmal nicht anders; man muß sich beim Eintreten für irgend eine löbliche oder nicht löbliche Sache an dem Beispiel geistig oder weit lieber noch gesellschaftlich hochstehender Leute stärken wie eine schwach werdende Dame an ihrem Kläppchen mit Hoffmannstropfen.

Ehrenjungfräuliche Kesterei. In hiesigen Blättern findet sich ganz ernsthaft folgende Meldung: „Die Toilettenfrage der Berliner Ehrenjungfrauen, die das Kronprinzenpaar bei seinem Einzuge begrüßen, ist jetzt entschieden. Man hatte zunächst weiße Reformkleider mit bauschigen Puffärmeln als Empfangsdracht übersehen; davon ist man jetzt aber aus ästhetischen Gründen abgekommen. Wie nun endgültig beschlossen ist, werden die Ehrenjungfrauen in Greichen-Rosämen mit Rosenkränzen im Haar das Kronprinzliche Brautpaar begrüßen.“

Und der Magistratsberichterstatter meldet sogar: Den Ehrenjungfrauen der Stadt Berlin, die am 3. Juni bei dem feierlichen Empfang der hohen Braut, Sr. kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen zugegen sein werden, wird heute oder morgen vom Magistrat eine Zeichnung zugehen, mit dem Wunsche danach die Kleidung für den Empfang anfertigen lassen zu wollen. Der Stoff für die Kleidung ist bei Herrmann Berjon am Werderischen Markt zu haben, der auch event. die Anfertigung nach einem Modell übernimmt. — Sehn Sie, das ist ein Geschäft!

Der kürzlich gewordene Dr. Straßmann, der frühere Mitinhaber der in Konkurs geratenen Firma Straßmann u. Wolff, soll in London gestorben sein, eine Nachricht, die wohl noch nicht als bare Münze hinzunehmen ist. Gestern vormittag fand vor dem Konkursrichter eine Verhandlung mit den Gläubigern der Firma statt, bei welcher Gelegenheit der Richter die Meldung vom Tode des Defraudanten bekanntgab. Das Geschäft ist von dem Konkursverwalter an den seitherigen Mitinhaber Wolff verkauft worden.

Todessturz. Bei einem Gersteinesturz auf dem Neubau der Eisen- und Stahlwaren-Firma von W. Händel in der Lindenstr. 86 kam gestern gegen Abend der 67jährige Maurer Müllerbeck aus der Stephansstr. 44 ums Leben. Der Neubau scheint vom Unglück verfolgt zu werden. Bei seiner Fundamentierung stürzte unversehens eine alte Mauer ein und begrub ein Pferd unter sich, das nur mit Hilfe der Feuerwehre wieder befreit werden konnte. Bald darauf wurde ein Kutscher, der Bauhölzer vor dem Neubau abladen wollte, von der elektrischen Straßenbahn gegen sein eigenes Fuhrwerk gequetscht. Der gestrige Unfall ist auf das Konto der Klordarbeit zu schreiben. Der Puffer, der die Waggonarbeiten übernommen hat, läßt im Klord arbeiten und hat diesen Modus auch bei Aufstellung der Gerüste befolgt. Gestern war nun der alte Müllerbeck damit beschäftigt, auf einem Gerüst im Erdgeschloß die bereits gelegten Gasleitungsdröhen zu verschmieren. Hierbei geriet das jedenfalls nicht sorgfältig aufgebauete Gerüst ins Wanken, und der alte Mann stürzte samt dem Gerüste zur Erde. Wenn auch die Höhe des Sturzes nur einige Meter betrug, so schlug doch Müllerbeck dabei so unglücklich mit dem Kopfe auf einen Stein auf, daß er beknüppellos liegen blieb. Seine Kollegen sorgten schleunigst für seine Ueberführung nach dem Krankenhaus, wo er indes bald nach seiner Einlieferung verstarb. Zwei andere Arbeiter, die sich bei dem Zusammensturz in dessen Nähe befanden, erhielten von den herabstürzenden Dretern leichtere Verletzungen.

Ein Pflanz-Sonderzug nach der Südsächsischen Schweiz wird zu ermäßigten Preisen am Sonnabend, den 10. Juni, nachm. 2³⁰ Uhr, vom hiesigen Anhalter Bahnhofe abgefahren werden. Derselbe trifft

in Dresden Hauptbahnhof um 6³⁰, in Schandau um 7⁴⁵ abends ein. Zwischen Pirna und Schandau hält der Zug auf allen Stationen. Zur Ausgabe gelangen 45 tägige Rückfahrkarten II. und III. Klasse zum Preise von 10,90 bzw. 7,80 M. (Berlin—Dresden) und 13,30 bzw. 8,90 M. (Berlin—Schandau). Die Rückfahrt kann mit allen fahrplanmäßigen Personenzügen über Rödau oder Elsterwerda ausgedehnt werden, Schnellzugbenutzung gegen Zulassung einer halben Fahrkarte IV. Klasse ist gestattet. Auf der Rückreise von Schandau bzw. Pirna können die Elbdampfer benutzt werden. Der Fahrkartenverkauf findet nur auf dem Anhalter Bahnhof und zwar vom 5. bis 9. Juni abends 6 Uhr statt.

Der Alarmruf. Die böswilligen Alarmierungen der Feuerwehre wollen kein Ende nehmen, trotzdem die Gerichte in den meisten Fällen, wenn die Ueberführung der Täter gelingt, wegen Sachbeschädigung, groben Unfug zc., auf hohe Strafen erkennen. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehre gegen 8 Uhr wieder einmal nach dem Vinea-Platz gerufen. Unrichtigster Sache mußte die Wehre nach längerem Suchen ohne eine Gefahr entdeckt zu haben, wieder abziehen. Der Täter ist leider entkommen.

Von einem Automobil überfahren und schwer verletzt wurde gestern morgen um 8 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee die 22 Jahre alte Verkäuferin Fräulein Rood aus der Grunewaldstr. 12 in Spandau, die in einem Warenhause in Berlin angestellt ist. Als sie auf dem Wege zum Geschäft in der Nähe der Sieges-Allee den Fahrdamm überschreiten wollte, rannte ein wertheimisches Automobil sie um und ging über sie hinweg. Die Verunglückte blieb betäubt liegen und wurde von einem Schuhmann nach der Charité gebracht. Sie blutete aus Mund, Nase und Ohren und hat sich wahrscheinlich einen Schädelbruch zugezogen.

Mit alten Transvaalminzen werden jetzt vielfach Geschäftsleute angeführt. Es sind Bronzeminzen der südafrikanischen Republik, die auf der einen Seite die Aufschrift 1 Pond und auf der anderen das Bildnis Dhm Krügers tragen. Die neuen Stücke, die jemand bei einem Umzug in einer Kiste hat stehen lassen und die dann unter die Leute gekommen sind, werden für englische Pfundstücke ausgegeben, sind aber nur 50 Pf. wert.

Eisenbahn-Betriebsunfall. Unter einem Achsfasten begraben wurde in der Eisenbahnwerkstätte am Markgrafendamm der 20jährige Maschinenflosser Weber. Er war gestern vormittag dabei beschäftigt, von einer auf dem Reparaturkanal stehenden Lokomotive den Achsfasten abzuschlagen, als dieser, vermutlich infolge Defektes der Verschraubung, sich plötzlich löste und auf W. stürzte. Dem jungen Manne wurde durch die vier Zentner betragende Last der Brustkasten eingedrückt und das rechte Bein zerhackt. Nachdem ihn die Kameraden aus seiner furchtbaren Lage befreit, erhielt W. durch den Betriebsarzt die erste Hilfe, der die sofortige Ueberführung des Verunglückten nach dem Krankenhaus Friedrichshain veranlaßte. Hier liegt der Schloffer in hoffnungslosem Zustande danieder.

Weil sie ihre Schularbeiten nicht machen wollten, sind die 13 und 12 Jahre alten Söhne Oskar und Julius des Arbeiters Hahn aus der Alexandrinenstr. 118 vor ungefähr vier Wochen ihren Eltern durchgebrannt und werden seitdem vermisst. Die Knaben wollten am 26. April auf der Straße spielen, erhielten aber dazu nicht die Erlaubnis ihrer Mutter, weil sie ihre Schularbeiten noch nicht gemacht hatten. Als nun Frau Hahn, die einen Obsthandel betreibt, im Kellerladen zu tun hatte, verließen sie durch den Hofausgang heimlich die Wohnung und das Haus und lehrten nicht wieder zurück. Alle Ermittlungen nach ihrem Verbleib hatten bis jetzt keinen Erfolg. Die Knaben müssen vom Vetteu leben, da sie kein Geld mitgenommen haben. Beide tragen einen grauen Anzug und Schirmmütze. Der älteste ist so klein und körperlich zurückgeblieben, daß man ihn für ein sieben- bis achtjähriges Kind halten kann.

Die „Wachsalte“ wird wieder einmal in allen Stadtvierteln gestellt. Das Neue an dem alten Kniff ist, daß sich zwei Mann zu dem Schwindel verbunden haben. Während der eine eine Kleinigkeit kauft, besieht sich der andere den Laden und weiß im gegebenen Augenblick die Aufmerksamkeit des Verkäufers so auf sich zu lenken, daß sein Schwindelgenosse freie Hand bekommt, das Geldstück mit dem Bescheldigen wieder einzuschieben. Der eine Gauner ist etwa 35 bis 38 Jahre alt, 1,72 Meter groß, kräftig und unterlegt. Er hat hellblondes Haar und einen starken blonden Schnurrbart und trägt einen Strohhut, dessen Krempe hinten höher steht als vorn, und einen grauen Jodettanzug. Der zweite ist jünger und kleiner, etwa 24 bis 25 Jahre alt und 1,67 Meter groß. Dieser ist schmächtig und hat dunkles Haar und Schnurrbart. Die Geschäftsleute werden gut tun, aufzupassen.

Großes Unheil richtete gestern nachmittags 5 Uhr in der Gitschinerstraße das durchgehende Geipann eines Geschäftswagens an. Durch das Poltern der Hochbahn wurden die Pferde vor dem Hause Nr. 62 der Gitschinerstraße scheu; sie setzten über die Promenade hinweg, rannten einen Laternenpfahl um und brachten den vom Vord gesprungenen Kutscher sowie einen Herrn zu Fall, der gleichfalls den Tieren in die Flügel fiel. Dieser Herr erlitt eine große Wunde am Hinterkopf. In einem Kohlenwagen wurden die Tiere zum Stehen gebracht.

Feuer im Hygienischen Institut. Nachdem bereits vor 14 Tagen in einem Keller des Instituts in der Klosterstr. 33/36 ein Brand ausgebrochen war, wurde die Feuerwehre durch die Meldung „Mittelfeuer“ gestern abend abermals nach jenem fiskalischen Gebäude gerufen. Diesmal lag der Brandherd in einem anderen Keller, der mit Histen, Holzvolle und allerhand Verpackungsmaterial angefüllt war. Gelle Flammen schlugen bei Ankunft der Feuerwehre aus mehreren Fenstern, doch war der Kellerraum so dicht in Qualm gehüllt, daß die Sappeure nur unter Vernehmung von Rauchhelmen dem Feuer zu Leibe gehen konnten. Durch kräftiges Wassergeben gelang es aber in kurzer Zeit die Gefahr zu beseitigen.

Feuerbrecht. In der Reuten Königsstr. 27 war durch Unachtsamkeit im Keller ein Brand entstanden, der aber schnell unterdrückt werden konnte. — Mehr Arbeit fand die Wehre dann in der Gendebierstr. 43. Dort standen bei ihrer Ankunft Bodenverschläge mit Inhalt und Teile der Dachkonstruktion in Flammen. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — Zwei Wohnungsbrände kamen später in der Gleditschstr. 27 und in der Bülowstr. 45 aus. In beiden Fällen wurden Möbel und Gardinen im wesentlichen beschädigt. — Nachts gegen 3 Uhr erfolgte ein Alarm nach dem Vinea-Platz. Wie sich herausstellte, war aber der dortige öffentliche Feuermelder böswillig in Tätigkeit gesetzt worden. Leider gelang es nicht, den frechblistigen Burschen zu ermitteln.

Das Mütter- und Kinderheim, Ullandsstr. 40/41 zu Wilmersdorf, das am 1. Januar ins Leben gerufen wurde, ist in ein neueres größeres Heim, Düsseldorfstr. 14, übersiedelt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15. Die im vergangenen Quartal ausgefallenen Unterrichtsstunden in sozialer Gesehggebung werden am Dienstag, den 23., und Dienstag, den 30. Mai, im Saale 2 nachgeholt. — Am Donnerstag, den 25. Mai, fällt der Unterricht in sozialer Gesehggebung aus und wird derselbe morgen Sonntag, den 21. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saale 7 stattfinden.

Treptow-Sternwart. Nur alle zwei Jahre bietet sich Gelegenheit, den Mars in Erdnähe zu beobachten. Gerade in dieser Woche ist der Durchmesser des Mars am größten, daher die Beobachtung am günstigsten. Heute Sonnabend abend 8 Uhr spricht Direktor Argenhold im Hofsaal der Treptow-Sternwarte über: „Mars und Neues vom Mars.“ am Sonntag, den 21. um 6 Uhr über „Ve-

